LANDKREIS ZWICKAU
MOTOR SÄCHSISCHER WIRTSCHAFT

Dezernat Finanzen und Service

Haushaltsdurchführung 2026

des Landkreises Zwickau zum Stand 30. Juni 2026

InfoV/281/2026

Inhaltsverzeichnis

Glossar **4**

1 Allgemeine Erläuterungen **5**

2 Übersicht zum Haushaltsvollzug 2026 (Stand: 30. Juni 2026) **6**

2.1 Prognose Ergebnisrechnung 6
2.2 Prognose Finanzrechnung 7

3 Prognose Ergebnisrechnung – Erträge und Aufwendungen **8**

4 Prognose Finanzrechnung **15**

5 Erläuterungen zum Haushaltsverlauf und zu den einzelnen Positionen der Ergebnis- und Finanzrechnung **18**

5.1 Prognose Ergebnisrechnung 18
5.2 Schwerpunkte der Ergebnisrechnung 19
5.2.1 Personal 19
5.2.2 Bereich Soziales 20
5.2.3 Bereich Jugend 31
5.2.4 Übersicht und Entwicklung der Finanzzuweisungen nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz 38
5.3 Prognose Finanzrechnung 38
5.4 Bestand an liquiden Mitteln per 31. Dezember 2026 - Liquiditätsentwicklung 39
5.5 Schwerpunkte der Finanzrechnung - Investitionen 39
5.5.1 Einzahlungen für Investitionstätigkeit 39
5.5.2 Auszahlungen für Investitionstätigkeit 40

6 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung **40**

7 Kennzahlen **42**

7.1 Personal- und Organisationsangelegenheiten 42
7.2 Haushaltswirtschaft, Finanzsteuerung sowie Kassen- und Rechnungswesen 42
7.3 Brandschutz 43
7.4 Feuerwehrtechnisches Zentrum 43
7.5 Berufsschulen, Fachschulen, Berufsfachschulen, berufliche Gymnasien, Fachoberschulen einschl. Berufskollegs 44
7.6 Leistungen für Unterkunft und Heizung 44
7.7 Eingliederungshilfe nach SGB IX 45
7.8 Gesundheitspflege 45
7.9 Hilfe zur Erziehung 46

7.10 Bereitstellung und Unterhaltung von Verkehrsflächen bei Kreisstraßen 48
7.11 Öffentlicher Personennahverkehr.....48
7.12 Planerische und rechtliche Grundlagen der Abfallwirtschaft/ Öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung Landkreis Zwickau.....48

Glossar

Begriff/Abkürzung	Erklärung
BBFestV	Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2024 vom 8. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 228)
BuT	Bildung und Teilhabe – Leistungen gemäß § 28 SGB II und § 2 b Bundeskindergeldgesetz
dar.	darunter
dav.	davon
KdU	Kosten der Unterkunft – Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung gemäß SGB II
i. H. v.	in Höhe von
PG	Produktgruppe – Gliederung gemäß VwV KomHSys
PUG	Produktuntergruppe – Gliederung gemäß VwV KomHSys
SächsFlüAG	Sächsisches Flüchtlingsaufnahmegesetz vom 25. Juni 2007 (SächsGVBl. S. 190), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung vom 10. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 910), die zuletzt durch die Verordnung vom 18. März 2022 (SächsGVBl. S. 259) geändert worden ist
SGB	Sozialgesetzbuch
SoBEZ	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen - eine Form der Bundeszuweisungen im Kontext der vierten Stufe des Länderfinanzausgleichs zum Zweck des Ausgleichs bestimmter Sonderlasten für leistungsschwache Länder
u. a.	unter anderem
VwV KomHSys	VwV Kommunale Haushaltssystematik vom 11. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. 2020 S. 82), die durch die Verwaltungsvorschrift vom 7. Dezember 2020 (SächsABl. S. 1451) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 24. November 2023 (SächsABl. SDr. S. 243)

1 Allgemeine Erläuterungen

Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan des Landkreises Zwickau für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 wurde in der Sitzung des Kreistages am 26. März 2025 beschlossen (Beschluss-Nr. 061.4/25/KT) und am 7. April 2025 der Rechtsaufsichtsbehörde zur Feststellung der Gesetzmäßigkeit vorgelegt. Mit Schreiben vom 20. Juni 2025 erfolgten durch die Landesdirektion Sachsen, unter Berücksichtigung bestimmter Auflagen, die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit und die Genehmigung der jeweils festgesetzten Gesamtbeträge der Kreditaufnahmen sowie Verpflichtungsermächtigungen. Seit 11. Juli 2025 ist der Landkreishaushalt rechtskräftig.

Mit der vorliegenden Prognose zum Stand 30. Juni 2026 wird in der Ergebnisrechnung ein um 29.228,1 TEUR schlechteres Gesamtergebnis gegenüber dem fortgeschrittenen Ansatz in Höhe von -38.796,6 TEUR eingeschätzt. Die Verschlechterung resultiert aus:

- der negativen Abweichung im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 29.229,4 TEUR und
- dem um 1,3 TEUR besseren Sonderergebnis.

Im Rahmen der Finanzrechnung wird ein Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr 2026 in Höhe von 94.590,0 TEUR prognostiziert, also eine Verschlechterung des Fehlbetrages gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz um 26.552,7 TEUR.

Nachfolgend ist die Einschätzung zum Haushaltsvollzug 31. Dezember 2026, Stand 30. Juni 2026 (ausgewiesen als „Prognose per 30. Juni 2026“) mit Schwerpunkt Ergebnishaushalt dargestellt. Bei der Hochrechnung wurden die Anordnungen bzw. Einschätzungen per 30. Juni 2026 zugrunde gelegt. Die Fallzahlen entsprechen den Statistiken der Fachämter zum 30. Juni 2026.

Analog der gesetzlichen Muster zum Jahresabschluss erfolgt der Vergleich der Prognose per 30. Juni 2026 zum fortgeschriebenen Ansatz und nicht zum Planansatz. Es wird darauf verwiesen, dass der „fortgeschriebene Ansatz“ die Summe der zur Verfügung stehenden Mittel im Haushaltsjahr beinhaltet. Dieser setzt sich zusammen aus dem Planansatz des Haushaltsjahres zuzüglich der übertragenen Haushaltsreste aus Vorjahren und der bisher bewilligten außer- und überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen, abzüglich der Abgänge von Haushaltsermächtigungen aus Vorjahren.

Die Abweichungen zwischen dem Prognosewert per 30. Juni 2026 und dem fortgeschriebenen Ansatz 2026 in der Ergebnis- und Finanzrechnung werden erläutert, wenn die absolute Abweichung > 500 TEUR je Position[1] ist. Diese Abweichung ist als Richtwert zu verstehen.

In der Ergebnisrechnung werden in der Spalte „Begründung“ erhebliche Abweichungen stichwortartig erläutert.

Es wird grundsätzlich nach den kaufmännischen Rundungsregelungen verfahren. Des Weiteren erfolgt die Darstellung von Einzelwerten im Bericht grundsätzlich in TEUR. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben Differenzen (+/- 0,1 TEUR) bei der Darstellung von Summen oder Vergleichen (z. B. Ist ./. fortgeschriebenen Ansatz) auftreten können.

[1] Entsprechend der verbindlichen Haushaltsmuster 11 und 12 laut VwV KomHSys.

2 Übersicht zum Haushaltsvollzug 2026 (Stand: 30. Juni 2026)

2.1 Prognose Ergebnisrechnung

in TEUR

	vorläufiges Ergebnis 2025	Planansatz 2026	Reste Vorjahr	üpl./apl. 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026
					(Nr. 2 bis 4)		(Nr. 6 ./. 5)
	1	2	3	4	5	6	7
ordentliche Erträge	486.375,2	488.403,7	2.374,9	21,5	490.800,1	472.380,0	-18.420,1
ordentliche Aufwendungen	503.104,1	520.728,2	8.847,0	21,5	529.596,7	540.406,0	10.809,3
ordentliches Ergebnis	-16.728,9	-32.324,5	-6.472,1	0,0	-38.796,6	-68.026,0	-29.229,4
außerordentliche Erträge	3.591,7	0,0	0,0	0,0	0,0	2,7	2,7
außerordentliche Aufwendungen	4.489,6	0,0	0,0	0,0	0,0	1,4	1,4
Sonderergebnis	-897,9	0,0	**0,0**	0,0	0,0	1,3	1,3
Gesamtergebnis als Überschuss oder Fehlbetrag	-17.626,8	-32.324,5	-6.472,1	0,0	-38.796,6	-68.024,7	-29.228,1

Die Haushaltsprognose zum Stand 30. Juni 2026 weist gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz einen um 29.228,1 TEUR höheren Fehlbetrag aus.

Die negative Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus Mehraufwendungen im Bereich der Jugendhilfe nach SGB VIII für Leistungen in und außerhalb von Einrichtungen, der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen außerhalb des Landkreises, Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII (u. a. Hilfe zur Pflege und Hilfen zur Gesundheit), erhöhten Aufwendungen bei der Eingliederungshilfe KSV (Sozialumlage) sowie Mindererträgen im Bereich Soziale Hilfen für Asylbewerber. Steigende Kosten werden ebenso innerhalb der Eingliederungshilfe nach SGB IX aufgrund steigender Fallzahlen prognostiziert.[2]

Auf das Ergebnis positiv wirken sich Mehrerträge und Minderaufwendungen im Bereich ÖPNV, Minderaufwendungen bei Leistungen für Unterkunft und Heizung aufgrund sinkender Bedarfsgemeinschaften und saldierte Minderaufwendungen bei Unterhaltsvorschussleistungen aufgrund sinkender Erstattungsansprüche infolge rückläufiger Zuweisungszahlen aus.

Im Hinblick auf die negative Entwicklung (Stand: 30. Juni 2026) wurde eine partielle haushaltswirtschaftliche Sperre verfügt (siehe Informationsvorlage: InfoV/282/2026). Des Weiteren wurden personalwirtschaftliche Maßnahmen ergriffen, um trotz steigender Personalaufwendungen/-auszahlungen im Jahresverlauf eine Ansatzüberschreitung zu vermeiden.

[2] Siehe hierzu Beschlussvorlage BV/277/2026.

2.2 Prognose Finanzrechnung

in TEUR

	vorläufiges Ergebnis 2025	Planansatz 2026	Reste Vorjahr	üpl./apl. 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026
					(Nr. 2 bis 4)		(Nr. 6 ./. 5)
	1	2	3	4	5	6	7
Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf	-11.489,0	-30.451,0	-7.569,0	115,7	-37.904,3	-65.656,8	-27.752,5
Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit	-1.348,2	-3.553,6	-30.831,5	-188,2	-34.573,3	-33.389,4	1.183,9
veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	**-12.837,2**	**-34.004,6**	**-38.400,5**	**-72,6**	**-72.477,7**	**-99.046,2**	**-26.568,5**
Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit	6.841,2	4.440,4	0,0	0,0	4.440,4	4.456,2	15,8
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-1.561,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Überschuss oder Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr	**-7.557,5**	**-29.564,2**	**-38.400,5**	**-72,6**	**-68.037,3**	**-94.590,0**	**-26.552,7**

Der Liquiditätsverbrauch (-bedarf[3]) erhöht sich zum Jahresende voraussichtlich auf 94.590,0 TEUR und ist damit um 26.552,7 TEUR höher als der fortgeschriebene Ansatz.

[3] Dieser berücksichtigt auch zu bildende Haushaltsermächtigungen (insbesondere im investiven Bereich) in das Folgejahr.

3 Prognose Ergebnisrechnung – Erträge und Aufwendungen

in TEUR

Ertrags- und Aufwandsarten			Planansatz 2026	Reste Vorjahr	üpl./ apl. 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026	Begründung	korrespondierende Positionen
						(Nr. 2 bis 4)		(Nr. 6 ./. 5)		
			2	3	4	5	6	7		
1	Steuern und ähnliche Abgaben		3.892,0	0,0	0,0	3.892,0	1.239,0	-2.653,0		
	davon:	Wohngeldeinsparung	2.437,0	0,0	0,0	2.437,0	599,6	-1.837,4	gemäß bisherigen Quartalsabschlägen und unter Beachtung der seit 2021 geltenden Berechnungsmethode sowie unter Berücksichtigung der Auswirkungen der reduzierten Wohngeldentlastungsweitergabe des Freistaates -> Abw. -1.837,4 TEUR	
		SoBEZ Hartz IV	1.455,0	0,0	0,0	1.455,0	639,4	-815,6	gemäß Abschlägen und unter Beachtung der seit 2021 geltenden Berechnungsmethode -> Abw. -815,6 TEUR	
2	Zuweisungen und Umlagen nach Arten sowie aufgelöste Sonderposten		349.883,5	2.374,9	21,5	352.279,9	350.894,3	-1.385,6		
		allgemeine Schlüsselzuweisungen	F4.508,3	0,0	0,0	84.508,3	89.456,8	4.948,5	Aufgrund höherer Umlagekraft- und Bedarfsmesszahl ergeben sich höhere Schlüsselzuweisungen -> gem. Festsetzungsbescheid vom 31. März 2026;	

in TEUR

Ertrags- und Aufwandsarten	Planan-satz 2026	Reste Vorjahr	üpl./ apl. 2026	Fortge-schr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026	Begründung	korres-pondie-rende Positio-nen
				(Nr. 2 bis 4)		(Nr. 6 ./. 5)		
	2	3	4	5	6	7		
sonstige allgemeine Zuweisungen	36.804,4	0,0	0,0	36.804,4	31.147,6	-5.656,8	Bedarfszuweisungen: - nach § 16 Abs 1 SächsFAG - Ausgleich für übertragene Aufgaben (Stand: Bescheid v. 31. März 2026 -> Abw. 3.403,9 TEUR) - nach § 16 SächsFAG Mehrbelastungsausgleich (Stand: Festsetzungsbescheid v. 11. Februar 2026 -> Abw. 0,0 TEUR) - nach § 22a Satz 2 SächsFAG - Bedarfszuweisung z. Ausgleich besonderer Belastungen (Stand: Bescheid v. 2. Januar 2026 -> Abw. +604,8 TEUR) - nach § 22, 22a Nr. 4 SächsFAG - Unterbringung u. Betreuung v. Flüchtlingen im Zshg. m. d. Ukrainekrieg -> keine Weitere Zuweisung (analog 2023/2024) und entsprechend der Erwartung bei der Haushaltsplanaufstellung prognostiziert -> Abw. -3.479,3 TEUR - nach § 22, 22a Nr. 2 SächsFAG - Bedarfszuweisung Wohngeld -> keine weitere Zuweisung (analog 2023/2024) und entsprechend der Erwartung bei der Haushaltsplanaufstellung prognostiziert -> Abw. -2.748,3 TEUR	
Bundesbeteiligung Kosten der Unterkunft	31.549,1	0,0	0,0	31.549,1	31.014,6	-534,5	siehe Bericht Punkt 5.2.2.4 Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung gesamt 74,9 v. H. (Ansatz 73,7 v. H.)	
Kita - Bedarfs-planung / Kita-Fachberatung	0,0	0,0	0,0	0,0	419,3	419,3	Mehrerträge aus Zuweisung für Sprachmentoren in der Kinderbe-treuung	
BSZ BOT - Er-neuerung Fens-ter	250,0	0,0	0,0	250,0	0,0	-250,0	Klima-Million wird für die Jahre 2025/2026 nicht ausgezahlt (Min-dererträge in der Maßnahme: 92311010500241)	Pos. 13
allgemeine Um-lagen	156.616,0	0,0	0,0	156.616,0	156.926,0	310,0		
dar.: Kreisumlage	*156.536,0*	*0,0*	*0,0*	*156.536,0*	*156.676,4*	*140,4*	*Aufgrund gering höherer Umlagegrundlagen ergibt sich eine leicht höhere Kreisumlage; Bescheid v. 14. April 2026*	
ÖPNV	13.431,9	0,0	0,0	13.431,9	13.495,1	63,2		Pos. 16

in TEUR

Ertrags- und Aufwandsarten			Planan-satz 2026	Reste Vorjahr	üpl./ apl. 2026	Fortge-schr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026	Begründung	korres-pondie-rende Positio-nen
						(Nr. 2 bis 4)		(Nr. 6 ./. 5)		
			2	3	4	5	6	7		
		Klimamanage-ment	500,0	415,0	0,0	915,0	0,0	-915,0	Klima-Million wird für die Jahre 2025/2026 nicht ausgezahlt (Min-dererträge in der Maßnahme 95611030100233 - Umsetzung Maß-nahmen Klimabudget (KomEKG))	Pos. 16
3	sonstige Transfererträge		6.389,0	0,0	0,0	6.389,0	6.508,7	119,7		
4	öffentlich-rechtliche Leis-tungsentgelte		26.013,0	0,0	0,0	26.013,0	26.676,0	663,0		
5	privatrechtliche Leistungs-entgelte		5.164,8	0,0	0,0	5.164,8	5.454,9	290,1		
	dar.:	Abfallwirtschaft	881,6	0,0	0,0	881,6	1.004,7	123,1	Verkauf Papier/Pappe/Kartonagen	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		91.885,3	0,0	0,0	91.885,3	75.743,8	-16.141,5		
	dar.	Kostenerstat-tungen UMA	6.424,7	0,0	0,0	6.424,7	4.739,1	-1.685,6	sinkender Erstattungsanspruch infolge rückläufiger Zuweisungs-zahlen	Pos. 16
		Jugendhilfe SGB VIII	2.127,0	0,0	0,0	2.127,0	1.561,0	-566,0	sinkende Kostenerstattungen infolge reduzierter Aufnahme von Kindern/Jugendlichen, die sich nicht im Zuständigkeitsbereich des Landkreises befinden (u. a. 342,6 TEUR Vollzeitpflege § 33 SGB VIII; 146,4 TEUR Heimerziehung § 34 SGB VIII)	Pos. 16
		Unterhaltvor-schussleistun-gen	10.362,8	0,0	0,0	10.362,8	9.332,9	-1.029,9	sinkender Erstattungsanspruch infolge rückläufiger Zuweisungs-zahlen	Pos. 16
		Grundsicherung nach SGB II	1.958,0	0,0	0,0	1.958,0	0,0	-1.958,0	Aufstockung Bundesbeteiligung durch den Freistaat - Ukraine wird nicht fortgesetzt	
		Grundversor-gung und Hilfen nach SGB XII	18.679,7	0,0	0,0	18.679,7	19.629,2	949,5	im Wesentlichen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminde-rung (Erstattung Bund)	Pos. 16
		Soziale Hilfen - Hilfen für Asyl-bewerber	39.554,0	0,0	0,0	39.554,0	28.044,0	-11.510,0	Kostenerstattungen Asyl nach SächsFlüAG >> geplante Fallzahlen (2.916) weichen wesentlich von tatsächlichen Fällen (1.865) ab, Prognose Juni mit höherer Pauschale (Anhörung) ggü. Planung (14.627,57 EUR/Person/Jahr) und Nachzahlung aus Abrechnung 2025 (1.020,0 TEUR)	Pos. 16

in TEUR

Ertrags- und Aufwandsarten			Planansatz 2026	Reste Vorjahr	üpl./apl. 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026	Begründung	korrespondierende Positionen
						(Nr. 2 bis 4)		(Nr. 6 ./. 5)		
			2	3	4	5	6	7		
		Jobcenter	7.376,4	0,0	0,0	7.376,4	6.099,3	-1.277,1	Mindererertrag aufgrund von Minderpersonalaufwendungen gegenüber der Planung im Bereich Jobcenter	Pos. 11
		Kreis-, Staats- und Bundesstraßen, Straßenreinigung und Winterdienst	2.281,6	0,0	0,0	2.281,6	3.034,8	753,2	Mehrerträge aus Erstattung des Freistaates für den Gemeinschaftsaufwand	
7	Zinsen und sonstige Finanzerträge		110,0	0,0	0,0	110,0	220,3	110,3		
8	aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		
9	sonstige ordentliche Erträge		5.066,1	0,0	0,0	5.066,1	5.643,1	577,0		
	dar.:	Öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung	1.492,3	0,0	0,0	1.492,3	2.059,3	567,0		
		Bußgeldstelle	3.200,0	0,0	0,0	3.200,0	3.200,0	0,0		
10	**ordentliche Erträge** (Nummern 1 bis 9)		**488.403,7**	**2.374,9**	**21,5**	**490.800,1**	**472.380,0**	**-18.420,1**		
11	Personalaufwendungen		99.311,7	0,0	0,0	99.311,7	99.281,1	-30,6		
	dar.:	Zuführungen zu Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		
12	Versorgungsaufwendungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		

in TEUR

Ertrags- und Aufwandsarten			Planansatz 2026	Reste Vorjahr	üpl./apl. 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026	Begründung	korrespondierende Positionen
						(Nr. 2 bis 4)		(Nr. 6 ./. 5)		
			2	3	4	5	6	7		
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		50.855,3	7.990,9	21,5	58.867,7	58.627,5	-240,2		
		Informationstechnik und Digitalisierung	3.474,4	0,0	0,0	3.474,4	2.306,1	-1.168,3	500,0 TEUR Minderaufwendungen - Aktuelle Programmversion Microsoft Office bereits in 2025 umgesetzt 501,5 TEUR Minderaufwendungen - Systemsoftware: Projekte verlagern sich teilweise nach 2027	
		Öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung	20.808,5	0,0	0,0	20.808,5	21.849,8	1.041,3	+1.041,3 TEUR Mehraufwand im Bereich der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung aufgr. höherer Aufwendungen durch gestiegene Dieselkraftstoffpreise, neue Gebührensatzung ZAS und Mengenentwicklung	
14	Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis		12.179,7	0,0	0,0	12.179,7	12.202,6	22,9		
	dar.:	Einzelwertberichtigung von Forderungen	500,0	0,0	0,0	500,0	522,9	22,9		
15	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		639,6	0,0	0,0	639,6	607,6	-32,0		
16	Transferaufwendungen und Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitionsförderungsmaßnahmen		294.758,1	787,3	0,0	295.545,4	306.877,2	11.331,8		
		Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	34.310,1	0,0	0,0	34.310,1	42.269,7	7.959,6	u. a. - Hilfe zur Pflege (+5.541,9 TEUR) -> steigende Fallzahlen (Plan: 973, Statistik Juni: 1.286) - Hilfen zur Gesundheit (+1.891,0 TEUR) -> steigende Fallzahlen (Plan: 373, Statistik Juni: 517)	Pos. 6
		Soziale Hilfen - Hilfen für Asylbewerber	36.423,9	0,0	0,0	36.423,9	26.938,5	-9.485,4	rückläufiger Bedarf an Unterbringungsplätzen -> geringere Zuweisungen von Asylbewerbern an den Landkreis Zwickau; Transferaufwendungen sinken wegen personenunabhängiger Wohnraumkosten nicht proportional zu den SächsFlüAG-Erträgen	Pos. 6

in TEUR

Ertrags- und Aufwandsarten	Planan-satz 2026	Reste Vorjahr	üpl./ apl. 2026	Fortge-schr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026	Begründung	korres-pondie-rende Positio-nen
				(Nr. 2 bis 4)		(Nr. 6 ./. 5)		
	2	3	4	5	6	7		
Eingliederungs-hilfe nach SGB IX	13.304,9	0,0	0,0	13.304,9	18.213,2	4.908,3	Eingliederungshilfe nach SGB IX -> steigende Fälle bei Assistenz-leistungen, Schulbegleiter, Frühförderung, Integration KITA, (Plan: 1.075, Statistik Juni: 1.139)	
Unterhaltvor-schussleistun-gen	15.038,9	0,0	0,0	15.038,9	13.653,7	-1.385,2	rückläufige Fallzahlen führen zu sinkenden Unterhaltsvorschuss-leistungen	Pos. 6
Eingliederungs-hilfe KSV (So-zialumlage)	58.727,0	0,0	0,0	58.727,0	63.536,8	4.809,8	Bescheid vom 7. April 2026 (Umsetzung des Bundesteilhabegeset-zes BTHG)	
Förd. v. Kindern in Tageseinrich-tungen	9.185,4	0,0	0,0	9.185,4	9.873,6	688,2	Mehrbedarf infolge steigender Fallzahlen (+388) bei der Über-nahme der Elternbeiträge	
Sonstige Leis-tungen der Kin-der-, Jugend- und Familien-hilfe	61.272,8	0,0	0,0	61.272,8	68.037,3	6.764,5	Mehrbedarf in der Heimerziehung (5.419,8 TEUR), bei den Hilfen für junge Volljährigen (770,0 TEUR), in der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder (684,5 TEUR) sowie in der Vollzeit-pflege (558,8 TEUR) infolge steigender Fallzahlen sowie überplan-mäßiger Kostensätze; demgegenüber Minderbedarf bei den ge-meinsamen Wohnformen (465,7 TEUR)	
Hilfen f. unbegl. Kinder und Jugendl. (umA)	6.109,0	0,0	0,0	6.109,0	3.675,1	-2.433,9	Minderbedarf infolge rückläufiger Zuweisungen unbegleiteter min-derjähriger Ausländer	Pos. 6
ÖPNV	28.346,0	0,0	0,0	28.346,0	27.779,0	-567,0	insbesondere LB 2 (neuer Verkehrsvertrag ab 1. Januar 2026): -260,0 TEUR Minderaufwand bei den Abschlägen Ausgleichsleis-tungen (inkl. Plusbus und Preisgleitungsklausel Diesel/Personal so-wie Aufwand Vertrieb Bildungsticket, Ausgleich Arbeitszeitverkür-zung); -400,0 TEUR Minderaufwand bei Umleitung (Breitbandausbau)/be-darfsgerechte Fahrplanoptimierung	Pos. 2

in TEUR

Ertrags- und Aufwandsarten			Planansatz 2026	Reste Vorjahr	üpl./ apl. 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026	Begründung	korrespondierende Positionen
						(Nr. 2 bis 4)		(Nr. 6 ./. 5)		
			2	3	4	5	6	7		
		Klimamanagement	500,0	91,2	0,0	591,2	91,2	-500,0	Klima-Million wird nach derzeitigem Kenntnisstand für die Jahre 2025/2026 nicht ausgezahlt (Minderaufwendungen in der Maßnahme 95611030100233 - Umsetzung Maßnahmen Klimabudget (KomEKG))	Pos. 2
17	sonstige ordentliche Aufwendungen		62.983,8	68,8	0,0	63.052,6	62.809,8	-242,8		
	dar.:	Jugendhilfe	2.308,9	0,0	0,0	2.308,9	4.290,5	1.981,6	Unterbringung von Kindern und Jugendlichen außerhalb des LK: Mehrbedarf in der Vollzeitpflege (817,1 TEUR), in der Eingliederungshilfe (494,5 TEUR), bei den Hilfen f. junge Volljährige (408,6 TEUR) sowie in der Heimerziehung (148,7 TEUR)	
		Abfallamt - BgA - Grüner Punkt	69,2	0,0	0,0	69,2	585,0	515,8	Höhere Erlösauskehr PPK aufgrund Preisentwicklung und vertraglicher Anteil	
		Kosten der Unterkunft	45.149,0	0,0	0,0	45.149,0	42.720,0	-2.429,0	Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie einmalige Leistungen -> sinkende BG (Plan: 9.701, Prognose Jobcenter Juni: 9.010)	
18	**ordentliche Aufwendungen** (Nummern 11 bis 17)		**520.728,2**	**8.847,0**	**21,5**	**529.596,7**	**540.406,0**	**10.809,3**		
19	**ordentliches Ergebnis** (Nummer 10 ./. Nummer 18)		**-32.324,5**	**-6.472,1**	**0,0**	**-38.796,6**	**-68.026,0**	**-29.229,4**		
20	realisierbare außerordentliche Erträge		0,0	0,0	0,0	0,0	2,7	2,7		
21	realisierbare außerordentliche Aufwendungen		0,0	0,0	0,0	0,0	1,4	1,4		
22	**Sonderergebnis** (Nummer 20 ./. Nummer 21)		**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**1,3**	**1,3**		
23	**Gesamtergebnis als Überschuss oder Fehlbetrag** (Nummern 19 + 22)		**-32.324,5**	**-6.472,1**	**0,0**	**-38.796,6**	**-68.024,7**	**-29.228,1**		

4 Prognose Finanzrechnung

in TEUR

Ein- und Auszahlungsarten			Planansatz 2026	Reste Vorjahr	üpl./apl. 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026
						(Nr. 1 bis 3)		(Nr. 5 ./. 4)
			1	2	3	4	5	6
1	Steuern und ähnliche Abgaben		3.892,0	0,0	0,0	3.892,0	1.239,0	-2.653,0
2	Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit		342.181,2	1.681,3	21,5	343.884,0	346.010,0	2.126,0
	dar.:	allgemeine Schlüsselzuweisungen	84.508,3	0,0	0,0	84.508,3	89.456,8	4.948,5
		sonstige allgemeine Zuweisungen	36.804,4	0,0	0,0	36.804,4	31.147,6	-5.656,8
		allgemeine Umlagen	156.616,0	0,0	0,0	156.616,0	156.926,0	310,0
3	sonstige Transfereinzahlungen		7.893,0	0,0	0,0	7.893,0	7.957,5	64,5
4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, ausgenommen Investitionsbeiträge		26.013,0	0,0	0,0	26.013,0	26.679,9	666,9
5	privatrechtliche Leistungsentgelte		5.164,8	0,0	0,0	5.164,8	5.332,5	167,7
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		91.885,3	0,0	0,0	91.885,3	76.445,3	-15.440,0
7	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen		110,0	0,0	0,0	110,0	220,3	110,3
8	sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		3.573,8	0,0	0,0	3.573,8	3.584,5	10,7
9	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Nummern 1 bis 8)		**480.713,1**	**1.681,3**	**21,5**	**482.415,9**	**467.469,0**	**-14.946,9**
10	Personalauszahlungen		99.465,3	0,0	0,0	99.465,3	99.528,3	63,0
11	Versorgungsauszahlungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		51.807,3	8.349,0	-94,2	60.062,1	58.723,0	-1.339,1
13	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		639,6	0,0	0,0	639,6	602,6	-37,0
14	Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		294.758,1	830,2	0,0	295.588,3	309.999,3	14.411,0
15	sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		64.493,8	71,0	0,0	64.564,8	64.272,6	-292,2
16	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Nummern 10 bis 15)		**511.164,1**	**9.250,3**	**-94,2**	**520.320,2**	**533.125,8**	**12.805,6**
17	**Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss/bedarf** (Nummer 9 ./. Nummer 16)		**-30.451,0**	**-7.569,0**	**115,7**	**-37.904,3**	**-65.656,8**	**-27.752,5**
18	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		46.194,6	208.044,5	911,6	255.150,7	217.049,7	-38.101,0
19	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20	Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21	Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und sonstigen unbeweglichen Vermögensgegenständen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2

in TEUR

Ein- und Auszahlungsarten		Planansatz 2026	Reste Vorjahr	üpl./apl. 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026
					(Nr. 1 bis 3)		(Nr. 5 ./. 4)
		1	2	3	4	5	6
22	Einzahlungen aus der Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	2,5	2,5
23	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagevermögen und von Wertpapieren des Umlaufvermögens	4.700,0	0,0	0,0	4.700,0	5.608,7	908,7
24	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25	**Einzahlungen für Investitionstätigkeit** (Nummern 18 bis 24)	**50.894,6**	**208.044,5**	**911,6**	**259.850,7**	**222.661,1**	**-37.189,6**
26	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	256,4	643,6	0,0	900,0	902,0	2,0
27	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden und sonstigen unbeweglichen Vermögensgegenständen	82,3	272,1	0,0	354,4	341,7	-12,7
28	Auszahlungen für Baumaßnahmen	50.412,9	234.621,5	1.027,1	286.061,5	247.920,9	-38.140,6
29	Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen	2.926,7	1.211,4	133,7	4.271,8	4.149,4	-122,4
30	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen und von Wertpapieren des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
31	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	769,9	2.127,4	-60,9	2.836,4	2.736,4	-100,0
32	Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
33	**Auszahlungen für Investitionstätigkeit** (Nummern 26 bis 32)	**54.448,2**	**238.875,9**	**1.099,8**	**294.423,9**	**256.050,5**	**-38.373,4**
	nachrichtlich: Auszahlungen für den Tilgungsanteil der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, die nicht in Position 38 enthalten sind	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
34	**Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit** (Nummer 25 ./. Nummer 33)	**-3.553,6**	**-30.831,5**	**-188,2**	**-34.573,3**	**-33.389,4**	**1.183,9**
35	**Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf** (Nummern 17 + 34)	**-34.004,6**	**-38.400,5**	**-72,6**	**-72.477,7**	**-99.046,2**	**-26.568,5**
36	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften für Investitionen	7.507,0	0,0	0,0	7.507,0	7.507,0	0,0
37	Einzahlungen aus sonstiger Wertpapierverschuldung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
38	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften für Investitionen	3.066,6	0,0	0,0	3.066,6	3.050,8	-15,8
39	Auszahlungen für die Tilgung sonstiger Wertpapierverschuldung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
40	**Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit** [(Nummer 36 + 37) ./. (Nummer 38 + 39)]	**4.440,4**	**0,0**	**0,0**	**4.440,4**	**4.456,2**	**15,8**
41	**Änderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr** (Nummern 35 + 40)	**-29.564,2**	**-38.400,5**	**-72,6**	**-68.037,3**	**-94.590,0**	**-26.552,7**
42	Einzahlungen aus Darlehensrückflüssen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

in TEUR

	Ein- und Auszahlungsarten	Planansatz 2026	Reste Vorjahr	üpl./apl. 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026
					(Nr. 1 bis 3)		(Nr. 5 ./. 4)
		1	2	3	4	5	6
43	Auszahlungen für die Gewährung von Darlehen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
44	Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
45	Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
46	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** [(Nummern 42 + 44) ./. (Nummern 41 + 46)]	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
47	**Überschuss oder Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr** (Nummern 41 + 46)	**-29.564,2**	**-38.400,5**	**-72,6**	**-68.037,3**	**-94.590,0**	**-26.552,7**
48	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
49	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,0	0,0	0,0	0,0		0,0
50	**Überschuss oder Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr** (Nummern 47 + 48 ./. Nummer 49)	**-29.564,2**	**-38.400,5**	**-72,6**	**-68.037,3**	**-94.590,0**	**-26.552,7**

5 Erläuterungen zum Haushaltsverlauf und zu den einzelnen Positionen der Ergebnis- und Finanzrechnung

In analoger Anwendung des § 88 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO i. V. m. § 53 SächsKomHVO werden die voraussichtlichen Einschätzungen zum Haushaltsvollzug 31. Dezember 2026, Stand 30. Juni 2026 (ausgewiesen als „Prognose per 30. Juni 2026“), erläutert. Dabei werden die wichtigsten Ergebnisse erklärt sowie erhebliche Abweichungen im Vergleich zu den fortgeschriebenen Haushaltsansätzen begründet.

5.1 Prognose Ergebnisrechnung

Das Gesamtergebnis 2026 wurde mit einem Fehlbetrag in Höhe von 32.324,5 TEUR (ordentliches Ergebnis) geplant. Unter Berücksichtigung der Reste aus Vorjahren sowie über- und außerplanmäßigen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich als fortgeschriebener Ansatz ein Fehlbetrag in Höhe von 38.796,6 TEUR.

Bei der jetzigen Prognose wird als vorläufiges Gesamtergebnis 2026 derzeit ein Fehlbetrag in Höhe von 68.024,7 TEUR prognostiziert, also eine Erhöhung des Fehlbetrages gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz um 29.228,1 TEUR (= 75,3 %). Diese Verschlechterung resultiert im Wesentlichen aus dem ordentlichen Ergebnis.

Unter Punkt 3 wurden in der aufgeführten Ergebnisrechnung in der Spalte „Begründung“ alle wesentlichen Abweichungen nach den einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung stichwortartig dargestellt, welche im Saldo den Fehlbetrag maßgeblich beeinflussen.

Aus heutiger Sicht kann der Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 68.024,7 TEUR durch die Verrechnung der saldierten Altabschreibungen mit dem Basiskapital bzw. eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses (Stand aufgestellter Jahresabschluss 2025: 20.120,9 TEUR) nicht gedeckt werden. Das Sonderergebnis weist einen Überschuss in Höhe von 1,3 TEUR aus.

5.2 Schwerpunkte der Ergebnisrechnung

5.2.1 Personal

In nachfolgender Tabelle ist die Zusammenfassung der Position Personalaufwendungen je Teilhaushalt im ordentlichen Ergebnis dargestellt.

THH	Bezeichnung	vorläufiges Ergebnis 2025	fortg. Ansatz 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose zu fortg. Ansatz 2026
					(Nr. 7 ./. 5)
		1	5	7	8
01	Innere Verwaltung Produktbereich 11	19.847,2	18.843,8	19.734,2	890,4
02	Sicherheit und Ordnung Produktbereich 12	13.300,5	14.799,3	13.959,2	-840,1
03	Schulträgeraufgaben Produktbereich 21 - 24	3.124,9	2.858,7	3.119,1	260,4
04	Kultur und Wissenschaft Produktbereich 25 - 29	3.560,2	4.132,9	3.787,7	-345,2
05	Soziale Hilfen Produktbereich 31 - 35	18.819,6	20.803,8	19.949,2	-854,6
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Produktbereich 36	9.882,1	10.163,1	10.707,9	544,8
07	Gesundheit und Sport Produktbereich 41 - 42	4.539,4	4.993,0	4.765,2	-227,8
08	Raumplanung, Bau- und Grundstücksordnung Produktbereich 51 - 52	6.699,6	7.013,9	7.042,8	28,9
09	Abfallwirtschaft Produktbereich 53	1.472,4	1.604,8	1.566,0	-38,8
10	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV Produktbereich 54	6.850,1	6.758,8	6.988,5	229,7
11	Naturschutz- u. Landschaftspflege, Umwelt Produktbereich 55 - 56	6.558,4	6.640,3	6.692,5	52,2
12	Wirtschaft und Tourismus Produktbereich 57	896,4	699,3	968,8	269,5
	Summe Personalaufwendungen	**95.550,8**	**99.311,7**	**99.281,1**	**-30,6**

Im Haushalt 2026 wurden für Personalaufwendungen im fortgeschriebenen Ansatz 99.311,7 TEUR veranschlagt. Zum Stand 30. Juni 2026 werden Personalaufwendungen in Höhe von 99.281,1 TEUR prognostiziert. Die Minderaufwendungen belaufen sich auf 30,6 TEUR.

Die im Vorjahr erfolgten Erhöhungen des Zusatzbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung wirken sich auch im laufenden Haushaltsjahr aus.

Mit der Planung zum Doppelhaushalt 2025 und 2026, wurden mit der Kürzung der voraussichtlichen Personalkosten im Umfang von reichlich 12 % für unbesetzte Stellen sowie Minderbesetzungen infolge längerer Krankheit oder unbezahlten Freistellungen, beispielsweise Elternzeit, die finanziellen Spielräume bereits weitestgehend abgebaut. Eine hohe Vakanz in

der Stellenbesetzung aufgrund des Fachkräftemangels besteht aktuell weiterhin. Das bedeutet konkret, dass eine nahtlose Wiederbesetzung von geplanten Stellen oftmals nicht möglich ist, freie Stellenanteile wegen Teilzeitbeschäftigung oder aufgrund längerer Krankheit unbesetzt bleiben.

Zudem wurde als personalwirtschaftliche Maßnahme die Nachbesetzung i. d. R. bereits seit 2025 verzögert, wobei die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen erst jetzt in 2026 spürbar werden. Dies führt in der Prognose zu Minderpersonalaufwendungen /-auszahlungen, welche die gestiegenen Sozialversicherungsausgaben ausgleichen. Die Nicht-Besetzung der Stellen wirkt sich jedoch auch unmittelbar auf die Aufgabenerfüllung aus.

5.2.2 Bereich Soziales

Der Bereich „Soziale Hilfen“ stellt sich wie folgt dar:

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	**Planansatz 2026**	**Fortgeschr. Ansatz 2026**	**Prognose Juni 2026**	**Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz** (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	102.982,5	116.469,4	116.469,4	101.518,2	-14.951,2
Aufwand	223.169,8	235.912,5	235.912,5	239.595,1	3.682,6
Saldo	**-120.187,3**	**-119.443,1**	**-119.443,1**	**-138.076,9**	**-18.633,8**

Im Bereich Soziale Hilfen wird zum Stand 30. Juni 2026 ein Zuschuss von 138.076,9 TEUR prognostiziert. Das bedeutet eine Ergebnisverschlechterung von 18.633,8 TEUR zum fortgeschriebenen Ansatz, die sich aus Mindererträgen in Höhe von 14.951,2 TEUR und Mehraufwendungen in Höhe von 3.682,6 TEUR zusammensetzt.

Die Abweichungen bei den Erträgen nach Produktgruppen (PG) resultieren im Wesentlichen aus:

- Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII (PG 311): 1.009,0 TEUR,
- Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II (PG 312): -3.788,4 TEUR,
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (PG 313): -11.301,7 TEUR,
- Unterhaltsvorschussleistungen (PG 341): -1.072,3 TEUR.

Die Abweichungen bei den Aufwendungen nach Produktgruppen (PG) setzen sich im Wesentlichen zusammen aus:

- Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII (PG 311): 8.338,0 TEUR,
- Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (PG 312): -3.961,3 TEUR,
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (PG 313): -9.782,3 TEUR,
- Eingliederungshilfe nach SGB IX (PG 314): 5.075,8 TEUR,
- Unterhaltsvorschussleistungen (PG 341): -1.293,0 TEUR,
- Sonstige soziale Hilfen und Leistungen, u. a. Eingliederungshilfe KSV (PG 351): 4.652,2 TEUR.

Im Kreistag am 7. Oktober 2026 werden mit der Beschlussvorlage BV/277/2026 die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Sozialleistungsbereich eingebracht. Die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wurden in der Prognose 30. Juni 2026 berücksichtigt.

Nachstehend werden die wesentlichen Abweichungen nach Produktgruppen (3-Steller) bzw. Produktuntergruppen (4-Steller) aufgezeigt und erläutert.

5.2.2.1 Hilfe zur Pflege (Produktuntergruppe 3112)

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	**Planansatz 2026**	**Fortgeschr. Ansatz 2026**	**Prognose Juni 2026**	**Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz** (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	575,7	249,0	249,0	326,5	77,5
Aufwand	12.920,8	10.096,3	10.096,3	15.766,5	5.670,2
darunter:					
Personalaufwand	855,8	917,6	917,6	1.049,2	131,6
Transferaufwand	12.048,3	9.164,9	9.164,9	14.706,8	5.541,9
Saldo	**-12.345,1**	**-9.847,3**	**-9.847,3**	**-15.440,0**	**-5.592,7**

Der Bereich Hilfe zur Pflege wird zum Stand 30. Juni 2026 mit einem Zuschuss von 15.440,0 TEUR prognostiziert. Das entspricht einem Mehrbedarf gegenüber dem Ansatz von 5.592,7 TEUR.

Die Fallzahlensteigerung von geplanten 973 Fällen auf 1.286 Fälle führt zu zusätzlichen Transferaufwendungen in der Hilfe zur Pflege **in Einrichtungen** in Höhe von 4.598,4 TEUR und **außerhalb von Einrichtungen** in Höhe von 687,0 TEUR.

In der vollstationären Dauerpflege (in Einrichtungen) ist der Anstieg der Fallzahlen insbesondere auf einen höheren Zugang sozialbedürftiger Personen zurückzuführen. Ausschlaggebend hierfür sind vor allem die unzureichende Einkommensentwicklung, insbesondere bei Rentnern sowie die kontinuierlich steigenden Kosten für Pflegeleistungen. Weitere Ausführungen sind der Beschlussvorlage BV/277/2026 zu den überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Sozialleistungsbereich zu entnehmen.

Ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor im vollstationären Bereich liegt in der geplanten gesetzlichen Anpassung der Verweildauerstufen im Rahmen des Pflegeneuordnungsgesetzes. Vorgesehen ist eine zeitliche Streckung dieser Stufen. Heimbewohner verbleiben dadurch länger in Stufen mit geringeren Zuschlagssätzen, wodurch ihr privater Eigenanteil über einen längeren Zeitraum ansteigt. Durch die höheren Eigenanteile der Bewohner steigen die Fallzahlen und Kosten für die Hilfe zur Pflege.

5.2.2.2 Hilfen zur Gesundheit (Produktuntergruppe 3114)

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	Planansatz 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose Juni 2026	Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	37,1	0,5	0,5	0,5	0,0
Aufwand	3.116,0	2.532,9	2.532,9	4.500,8	1.967,9
darunter:					
Personalaufwand	696,2	647,9	647,9	724,8	76,9
Transferaufwand	2.386,6	1.811,0	1.811,0	3.702,0	1.891,0
Saldo	**-3.078,9**	**-2.532,4**	**-2.532,4**	**-4.500,3**	**-1.967,9**

Bei den Aufwendungen für die Hilfen zur Gesundheit weicht die Prognose zum 30. Juni 2026 um 1.967,9 TEUR vom Ansatz ab. Die geplanten Fallzahlen von 373 erhöhen sich in der Juni Prognose auf 517. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Erstattung an die Krankenkassen für ukrainische Flüchtlinge zurückzuführen. Erhebliche Kostensteigerungen und die insgesamt steigenden Fallzahlen führen bei den Transferleistungen für diesen Personenkreis zu einem Mehrbedarf von 1.947,0 TEUR.

5.2.2.3 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Produktuntergruppe 3117)

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	Planansatz 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose Juni 2026	Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	18.031,2	18.884,2	18.884,2	19.817,1	932,9
Aufwand	19.420,3	20.242,5	20.242,5	21.289,7	1.047,2
darunter:					
Personalaufwand	1.311,2	1.348,0	1.348,0	1.462,3	114,3
Transferaufwand	18.093,7	18.883,9	18.883,9	19.816,8	932,9
Saldo	**-1.389,1**	**-1.358,3**	**-1.358,3**	-1.472,6	-114,3

Der Bund erstattet dem Landkreis 100 % der Nettoausgaben für die reinen Geldleistungen. Der Landkreis muss lediglich die anfallenden Personal- und Sachkosten tragen.

Bedingt durch den demografischen Wandel, die zunehmende Altersarmut sowie steigende Lebenshaltungs- und Mietkosten, entstehen immer höhere Aufwendungen. Dies betrifft insbesondere Empfänger, die in ihrer eigenen Wohnung leben sowie junge Menschen mit Behinderungen im Berufsbildungsbereich in den Werkstätten für Behinderte. Dieser Trend wird durch die Fallzahlen untersetzt, die von geplanten 2.344 Fällen auf eine aktuelle Prognose von 2.359 Fällen ansteigen.

5.2.2.4 Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung

Der Bund beteiligt sich zweckgebunden an den kommunalen Ausgaben für die Leistungen der Unterkunft und Heizung nach § 22 Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II). Darüber hinaus werden über diesen Transferweg Bundesmittel zur Beteiligung an den Aufwendungen für Leistungen der Eingliederungshilfe gemäß § 90 ff. SGB IX sowie zur Bildung und Teilhabe gemäß § 28 SGB II und § 6 Bundeskindergeldgesetz bereitgestellt.

Hierbei gelten landesspezifische Beteiligungsquoten, deren Höhe sich aus den gesetzlich festgelegten Werten nach § 46 Absatz 6, 7 SGB II sowie aus den mit dieser Verordnung festzulegenden bzw. anzupassenden Werten nach § 46 Absatz 8, 9 SGB II ergibt.

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	**Planansatz 2026**	**Fortgeschr. Ansatz 2026**	**Prognose Juni 2026**	**Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz** (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Basis: Revisionsrelevante Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II	40.069,4	42.808,0	42.808,0	41.408,0	-1.400,0
Leistungsbeteiligungen Bund gesamt	**29.593,9**	**31.549,1**	**31.549,1**	**31.014,6**	**-534,5**
Beteiligungsquote Bund gesamt in v. H.	**74,1**	**73,7**	**73,7**	74,9	1,2
davon:					
Grundbetrag § 46 (6) SGB II	11.073,3	11.815,0	11.815,0	11.428,6	-386,4
Beteiligungsquote Bund in v. H.	27,6	27,6	27,6	27,6	0,0
Entlastung Eingliederungshilfe § 46 (7) SGB II - lt. BBFestV	14.122,5	15.068,0	15.068,0	14.575,6	-492,4

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	**Planansatz 2026**	**Fortgeschr. Ansatz 2026**	**Prognose Juni 2026**	**Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz** (Spalte 4 ./. Spalte 3)
Beteiligungsquote Bund in v. H.	35,2	35,2	35,2	35,2	0,0
BuT SGB II/BKGG § 46 (8) SGB II - lt. BBFestV	4.398,1	4.666,1	4.666,1	5.010,4	344,3
Beteiligungsquote Bund in v. H.	11,3	10,9	10,9	12,1	1,2

5.2.2.5 Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II (Produktgruppe 312)

Nachfolgend werden die Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II insgesamt dargestellt:

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	**Planansatz 2026**	**Fortgeschr. Ansatz 2026**	**Prognose Juni 2026**	**Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz** (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag *davon:*	**19.162,4**	**24.674,1**	**24.674,1**	**18.504,7**	**-6.169,4**
Bundesbeteiligung (BB) KdU-Grundbetrag	11.073,3	11.815,0	11.815,0	11.428,6	-386,4
BB in von Hundert	27,6	27,6	27,6	*27,6*	*0,0*
Aufstockung Bundesbeteiligung durch den Freistaat - Ukraine	0,0	1.958,0	1.958,0	0,0	-1.958,0
Sonderlastenausgleiche	2.207,5	3.892,0	3.892,0	1.239,0	-2.653,0
davon:					
Wohngeld	819,7	2.437,0	2.437,0	599,6	-1.837,4
SoBEZ Hartz IV	1.387,8	1.455,0	1.455,0	639,4	-815,6
Jobcenter	5.881,6	7.009,1	7.009,1	5.837,1	-1.172,0
Aufwand *davon:*	**51.005,5**	**56.615,5**	**56.615,5**	**52.830,1**	**-3.785,4**
Kommunale Leistg. zur Grundsicherung SGB II	41.330,0	45.537,3	45.537,3	43.108,3	-2.429,0
darunter:					
Kosten der Unterkunft und Heizung	40.069,4	42.808,0	42.808,0	41.408,0	-1.400,0
einm. Leistungen	813,9	2.140,0	2.140,0	1.104,0	-1.036,0
Jobcenter	9.675,5	11.078,2	11.078,2	9.721,8	-1.356,4
Saldo	**-31.843,1**	**-31.941,4**	**-31.941,4**	**-34.325,4**	**-2.384,0**

Hinweis: Die Erträge aus den Sonderlastenausgleichen werden im Teilhaushalt 13 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ verbucht und an dieser Stelle aus Vollständigkeitsgründen dargestellt.

Die Grundsicherung nach dem SGB II schließt voraussichtlich mit einem Zuschussbedarf von 34.325,4 TEUR ab. Gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz entspricht dies einer Mehrbelastung von 2.384,0 TEUR.

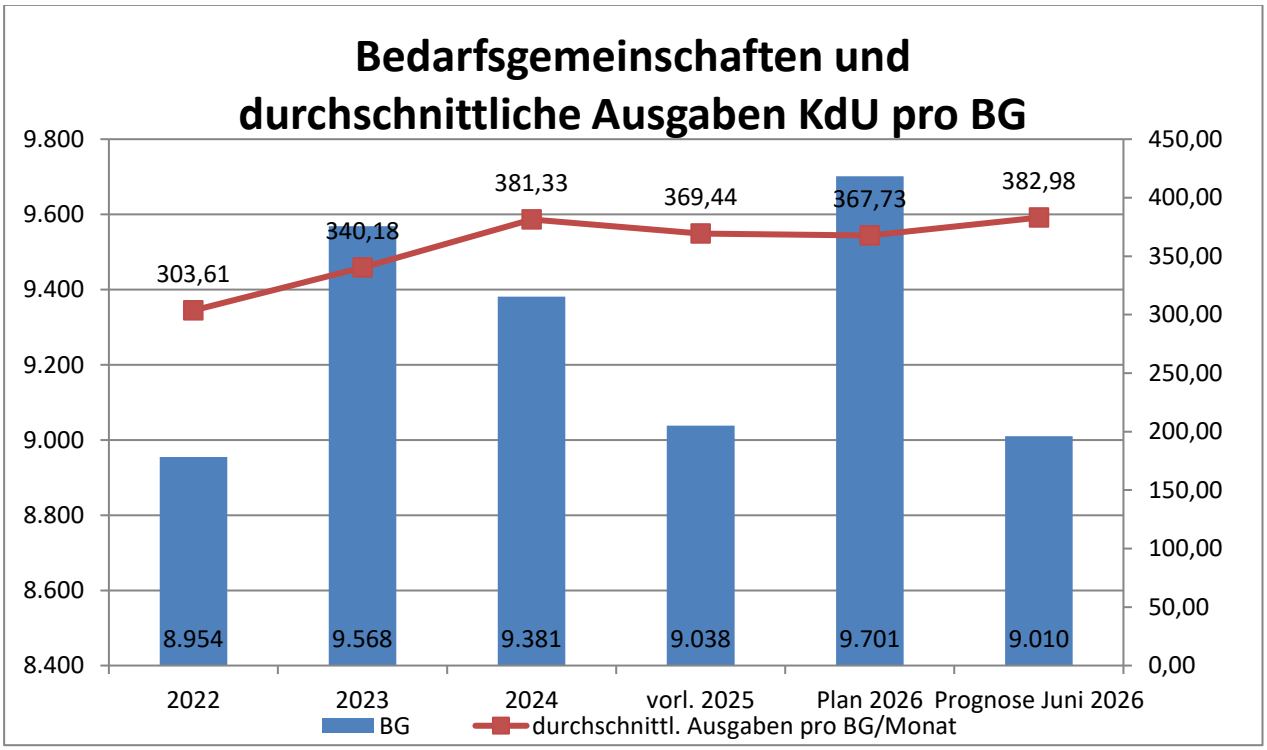
Mindererträge aus der Bundesbeteiligung in Höhe von 386,4 TEUR werden in Abhängigkeit von den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) bei der Bundesbeteiligung „Grundbetrag“ verzeichnet.

Die geplante Beteiligung des Freistaates Sachsen an der Finanzierung von Aufwendungen für Geflüchtete aus der Ukraine erfolgt nicht. Insofern wird es keine Aufstockung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung nach SGB II für diesen Personenkreis geben. Dies führt zu Mindererträgen in Höhe von 1.958,0 TEUR gegenüber der Planung.

Die Mindererträge aus dem Sonderlastenausgleich Wohngeldentlastung in Höhe von 1.837,4 TEUR resultieren aus der reduzierten Wohngeldentlastungsweitergabe des Freistaates.

Die wesentlichen Aufwendungen beim SGB II sind die Kosten der Unterkunft und Heizung. Der fortgeschriebene Ansatz mit 42.808,0 TEUR im Jahr 2026 wird in der Prognosehochrechnung nach Einschätzung des Jobcenters aufgrund des Rückgangs an Bedarfsgemeinschaften, um 1.400,0 TEUR unterschritten und beträgt voraussichtlich 41.408,0 TEUR. Auch bei den einmaligen Leistungen wird mit Minderaufwendungen in Höhe von 1.036,0 TEUR gerechnet. Siehe dazu auch die Ausführungen der Beschlussvorlage BV/277/2026 zu den überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Sozialleistungsbereich.

Die Bedarfsgemeinschaften (inkl. Ukraine-Flüchtlinge) und die durchschnittlichen Kosten der Unterkunft und Heizung entwickeln sich wie folgt:



Der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften in der Prognose gegenüber der Planung geht mit einem Anstieg der durchschnittlichen Kosten der Unterkunft und Heizung einher. Dies ist vor allem auf steigende Miet- und Nebenkosten sowie anhaltend hohe Mieten zurückzuführen.

5.2.2.6 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Produktgruppe 313)

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	Planansatz 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose Juni 2026	Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	**35.582,9**	**42.270,4**	**42.270,4**	**30.968,8**	**-11.301,6**
darunter:					
Pauschale nach SächsFlüAG	33.205,7	39.554,0	39.554,0	28.044,0	-11.510,0
Aufwand	**30.756,2**	**38.693,3**	**38.693,3**	**28.911,0**	**-9.782,3**
darunter:					
Personalaufwand	1.613,1	1.910,5	1.910,5	1.657,7	-252,8
Transferaufwand	28.829,6	36.423,9	36.423,9	26.938,5	-9.485,4
Saldo	**4.826,7**	**3.577,1**	**3.577,1**	**2.057,8**	**-1.519,3**

Hinweis: Der Aufwand für Leistungen Bildung und Teilhabe sowie für Leistungsempfänger nach § 25 Abs. 5 AufenthG, für die der Freistaat keine Pauschale zahlt, sind in den Beträgen enthalten.

Im Bereich Asyl verschlechtert sich das geplante positive Ergebnis von 3.577,1 TEUR auf 2.057,8 TEUR. Das entspricht einem Minus von 1.519,3 TEUR gegenüber dem Plan, das sich u. a. wie folgt zusammensetzt:

- Unter Annahme stark sinkender Fallzahlen und einer gleichzeitig höheren Erstattungspauschale ergeben sich gegenüber der Planung prognostizierte Mindererträge bei der Pauschale nach SächsFlüAG in Höhe von 12.530,7,0 TEUR.
- Demgegenüber steht eine voraussichtliche Gesamtnachzahlung in Höhe von 1.020,7 TEUR aus der Abrechnung der SächsFlüAG Pauschale für das Jahr 2025 (Stand Anhörung 10. Juni 2026). Der endgültige Betrag und die Verbuchung in das Haushaltsjahr 2026 können erst nach Vorliegen der Schlussabrechnung im IV. Quartal 2026 bestimmt werden.

Die Zuwanderungszahlen von Asylbewerbern anderer Herkunftsländer werden auf Grund politischer und rechtlicher Änderungen wie Grenzkontrollen, Abschiebeerleichterungen, Aussetzung Familiennachzug in der Prognose als rückläufig beurteilt. Infolgedessen werden um 9.485,4 TEUR geringere Transferaufwendungen erwartet. Die Transferaufwendungen sinken jedoch nicht im gleichen Verhältnis wie die personenabhängigen Erträge nach dem SächsFlüAG. Die Ausgaben für die vorhandenen Wohnheim- und Wohnprojektkapazitäten werden personenunabhängig abgerechnet. Der Kreistag wurde am 25. März 2026 mit der Informationsvorlage InfoV/226/2026 über den Stand der Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und sonstigen Ausländern im Landkreis Zwickau informiert. Aufgrund des Rückgangs der Fallzahlen wird derzeit der Rückbau von Kapazitäten geprüft was zu einer nachhaltigen Reduzierung der Kosten führt.

Weitere Ausführungen sind der Beschlussvorlage BV/277/2026 zu den überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Sozialleistungsbereich zu entnehmen.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Leistungsrechtsanpassungsgesetz sieht vor, dass neu aus der Ukraine eingereiste Geflüchtete, mit Einreise ab dem 1. April 2025, künftig nicht mehr über das SGB II bzw. SGB XII, sondern über das Asylbewerberleistungsgesetz finanziert werden sollen. Da sich das Gesetzgebungsverfahren weiterhin in der Bundesratsbefassung befindet, wurde die anstehende Rechtskreisumstellung einschließlich der Prognoseeffekte in der Prognose Juni 2026 nicht berücksichtigt. Der betreffende Personenkreis bleibt daher vorerst dem SGB II bzw. SGB XII zugeordnet. Aufgrund des Rückgangs der Fallzahlen wird derzeit der Rückbau von Kapazitäten geprüft was zu einer nachhaltigen Reduzierung der Kosten führt.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Fallzahlen und die Höhe der Pauschale gem. § 10a SächsFlüAG:

	Vorläufiges Ergebnis 2025	**Ansatz 2026**	**Prognose Juni 2026**	**Abw. Prognose zu Ansatz**
Personen	1.944	2.916	1.865	-1.051
davon: Personen Ukraine	70	25	73	48
Personen andere Herkunftsländer	1.874	2.891	1.792	-1.099
Kostenerstattung nach SächsFlüAG in EUR/Person/Jahr	14.627,57[4]	13.556,68	14.627,57[5]	1.070,89

[4] Stand Anhörung zum Entwurf einer Verordnung zur Festsetzung der Erstattungspauschale 2025 nach FllüAErstVO2025 vom 10. Juni 2026.
[5] Höhere Pauschale ab 3. Quartal 2025.

5.2.2.7 Eingliederungshilfe nach dem SGB IX (Produktgruppe 314)

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	Planansatz 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose Juni 2026	Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	14.636,8	15.362,5	15.362,5	15.068,9	-293,6
davon:					
Transfererträge	514,3	294,5	294,5	493,3	198,8
Bundesbeteiligung Entlastung Eingliederungshilfe	14.122,5	15.068,0	15.068,0	14.575,6	-492,4
BB in von Hundert	35,2	35,2	35,2	35,2	0,0
Aufwand	18.702,0	16.437,2	16.437,2	21.513,0	5.075,8
darunter:					
Personalaufwand	2.353,0	2.443,2	2.443,2	2.549,6	106,4
Transferaufwand	15.717,2	13.304,9	13.304,9	18.213,2	4.908,3
Saldo	**-4.065,2**	**-1.074,7**	**-1.074,7**	**-6.444,1**	**-5.369,4**

Hinweis: Der Ertrag aus der Bundesbeteiligung wird im THH 05 „Soziale Hilfen“ unter der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (PG 312) verbucht und an dieser Stelle aus Vollständigkeitsgründen dargestellt.

Der Prognosesaldo bei der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX in Höhe von - 6.444,1 TEUR entspricht einer Zuschusserhöhung von 5.369,4 TEUR im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz 2026.

Bei der Bundesbeteiligung für die Eingliederungshilfe werden in Abhängigkeit von den Kosten, die von den Gesamtaufwendungen für Unterkunft und Heizung nach SGB II abgeleitet werden, Mindererträge in Höhe von 492,4 TEUR eingeschätzt.

Die Transferaufwendungen werden mit einem Mehrbedarf in Höhe von 4.908,3 TEUR prognostiziert, der im Wesentlichen auf:

- steigende Fallzahlen (Plan: 1.075, Prognose Juni: 1.139) und
- Kosten[6] (Plan: 12.312 EUR/Zahlfall, Prognose: 15.924 EUR/Zahlfall)

für Teilhabe an Bildung (Schulbegleiter) und soziale Teilhabe (Assistenzleistungen, Frühförderung, Integration KITA) zurückzuführen ist.

[6] Gesamtaufwand EGH brutto, Produkt 314101, ohne Unterprodukt 31410101.

5.2.2.8 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen (Produktgruppe 351)

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2024	Planansatz 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose Juni 2026	Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	6,4	37,2	37,2	26,2	-11,0
Aufwand	58.622,1	60.793,7	60.793,7	65.445,9	4.652,2
darunter:					
Eingliederungs-hilfe KSV (Sozialumlage)	56.922,6	58.727,0	58.727,0	63.536,8	4.809,8
Saldo	**-58.615,7**	**-60.756,5**	**-60.756,5**	**-65.419,7**	**-4.663,2**

Bei der Eingliederungshilfe KSV (Sozialumlage) wird zum Stand 30. Juni 2026 ein Mehrbedarf in Höhe von 4,8 Mio. EUR erwartet. Weitere Ausführungen sind der Beschlussvorlage BV/277/2026 zu den überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Sozialleistungsbereich zu entnehmen.

5.2.2.9 Unterhaltsvorschussleistungen (Produktgruppe 341)

in TEUR

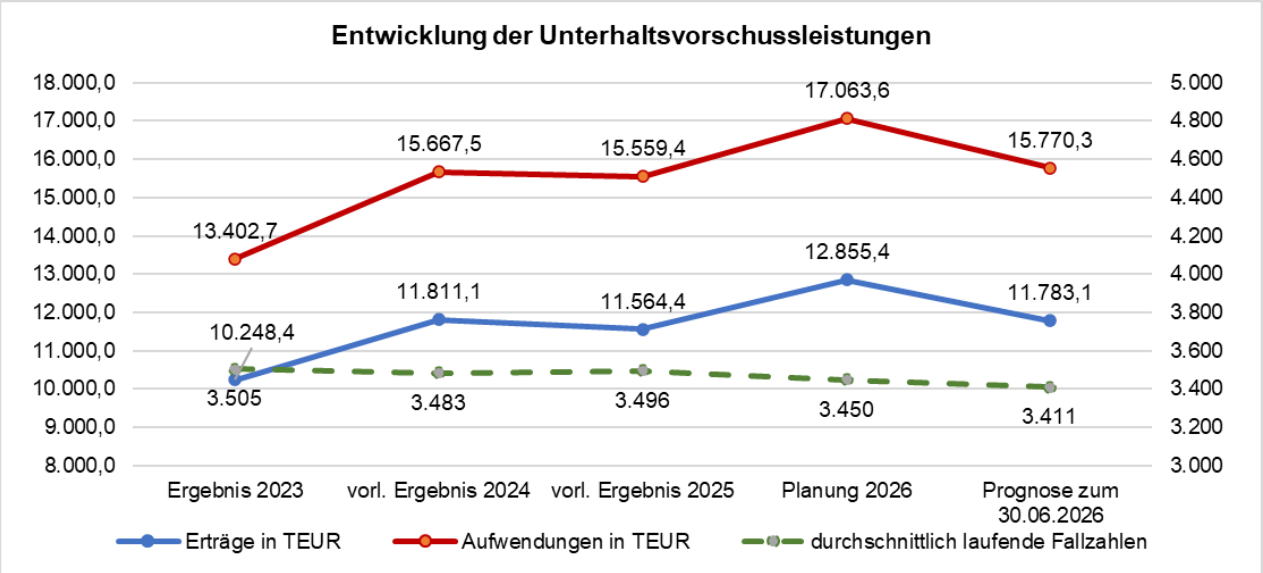
	Vorläufiges Ergebnis 2025	Planansatz 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose Juni 2026	Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	11.564,4	12.855,4	12.855,4	11.783,1	-1.072,3
Aufwand	15.559,4	17.063,3	17.063,3	15.770,3	-1.293,0
darunter:					
Personalaufwand	2.021,4	2.007,9	2.007,9	2.101,1	93,2
Transferaufwand	13.523,2	15.038,9	15.038,9	13.653,7	-1.385,2
Saldo	**-3.995,0**	**-4.207,9**	**-4.207,9**	**-3.987,2**	**220,7**

Bei den Unterhaltsvorschussleistungen verbessert sich der Zuschuss um 220,7 TEUR.

Dem Planansatz lagen 3.450 Fälle in drei Altersstufen zugrunde. In der aktuellen Prognose werden durchschnittlich 3.411 Anspruchsberechtigte prognostiziert. Der Fallzahlenrückgang spiegelt sich im Besonderen in den ersten beiden Altersstufen wider. Gegenüber der Planung ist im Weiteren eine demografisch bedingte Verlagerung der Fallzahlen in die 3. Altersstufe mit dem höchsten Leistungssatz zu beobachten.

Die Aufwendungen für Unterhaltsvorschussleistungen sinken um 1.293,0 TEUR. Diese Entwicklung ist im Weiteren auf überhöhte Leistungssätze im Rahmen der Haushaltsplanung 2025/2026 zurückzuführen. Der Minderbedarf führt zu sinkenden Erstattungen durch Bund und Land um 1.029,9 TEUR.[7]

Die nachfolgende Grafik stellt die **Entwicklung der Unterhaltsvorschussleistungen** dar:



5.2.3 Bereich Jugend

Die „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ stellt sich wie folgt dar:[8]

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	Planansatz 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose Juni 2026	Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	15.499,2	16.195,8	16.195,8	14.638,5	-1.557,3
Aufwand	92.543,8	90.961,6	90.961,6	98.546,9	7.585,3
darunter:					
Personalaufwand	9.811,8	10.088,3	10.088,3	10.629,9	541,6
Transferaufwand[9]	82.381,3	80.458,2	80.458,2	87.471,4	7.013,2
Saldo	**-77.044,6**	**-74.765,8**	**-74.765,8**	**-83.908,4**	**-9.142,6**

[7] Gem. Sächsischen Aufgabenübertragungsgesetz zum Unterhaltsvorschussgesetz (SächsAüGUVG) beteiligt sich der Freistaat Sachsen mit 30 % und der Bund mit 40 % an den Unterhaltsvorschussleistungen.
[8] Ohne PG 365 „Tageseinrichtungen für Kinder“: Die Erklärung von Abweichungen zu den Investitionen erfolgt unter Punkt 5.5 Schwerpunkte Finanzrechnung – Investitionen; einschließlich Unterprodukt 31310116 – Leistungen für ukrainische Flüchtlinge (Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen).
[9] Einschließlich Aufwendungen bei Unterbringung Kinder/Jugendliche außerhalb des Landkreises (Konto 4452000).

In der „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe„ wird ein voraussichtlicher Zuschuss von 83.908,4 TEUR prognostiziert. Damit verschlechtert sich der Saldo um 9.142,6 TEUR im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz 2026.

Nachfolgend werden die wesentlichsten Abweichungen zum fortgeschriebenen Ansatz 2026 erläutert:

5.2.3.1 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (361)

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	**Planansatz 2026**	**Fortgeschr. Ansatz 2026**	**Prognose Juni 2026**	**Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz** (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	-2,0	10,0	10,0	9,9	-0,1
Aufwand	9.763,0	9.574,8	9.574,8	10.361,2	786,4
darunter:					
Personalaufwand	734,1	932,8	932,8	1.077,8	145,0
Transferaufwand	9.605,8	9.185,4	9.185,4	9.873,6	688,2
Saldo	**-9.765,0**	**-9.564,8**	**-9.564,8**	**-10.351,3**	**-786,5**

Im Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege erhöht sich der Transferaufwand voraussichtlich um 688,2 TEUR zum fortgeschriebenen Ansatz.[10]

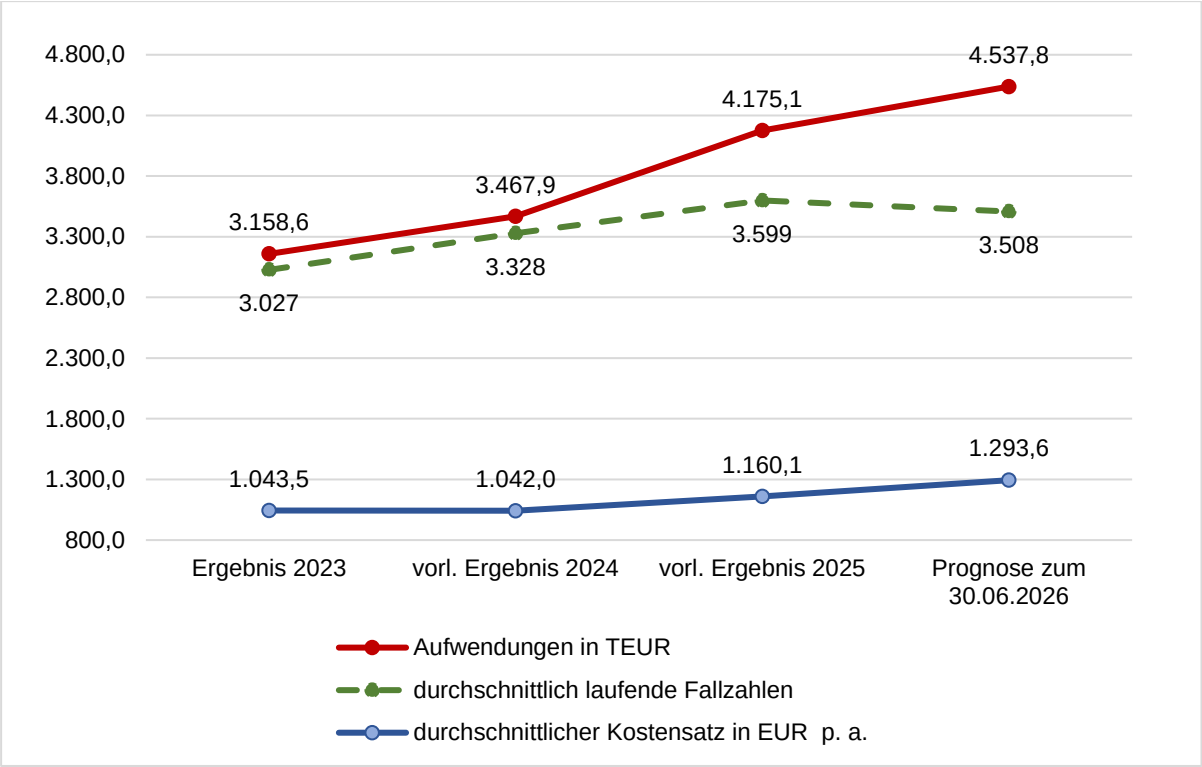
Der prognostizierte Mehrbedarf spiegelt sich im Besonderen bei der Übernahme der Elternbeiträge (§ 22 SGB VIII i. V. m. § 90 Abs. 3 und 4 SGB VIII) wider. Es werden überplanmäßige Fallzahlen (+388) sowie erhöhte Kostensätze (+4 %) erwartet.

Neben den Bevölkerungsentwicklungen nehmen insbesondere die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften (SGB II), der Sozialhilfeempfänger (SGB XII) und der Wohngeldbezug (WoGG) Einfluss auf die Menge der Anspruchsberechtigten für Leistungen nach § 22 SGB VIII.

Im Weiteren werden die zu entrichtenden Elternbeiträge auf Grundlage der jeweils gültigen Satzung der Stadt oder Gemeinde über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Frühförderung, Horteinrichtungen für Kinder von Förderschulen sowie in Kindertagespflege festgelegt. Dabei fließen tarifliche Lohnabschlüsse und damit steigende Personalkosten, stetig steigende Betriebskosten sowie abnehmende Gestaltungsmöglichkeiten in den Haushalten der Städte und Gemeinden in die Höhe der Elternbeiträge ein.[11]

Die nachfolgende Grafik stellt die **Entwicklung der Elternbeitragsübernahmen**[12] den durchschnittlich laufenden Fallzahlen gegenüber:

[10] Der überplanmäßige Bedarf (in Höhe von 688,2 TEUR) wird am 16.09.2026 dem Finanz- und Beteiligungsausschuss zum Beschluss vorgelegt (BV/273/2026).
[11] Siehe auch BV/273/2026 für den Finanz- und Beteiligungsausschuss.
[12] Transferaufwendungen (Kontengruppe 43).



5.2.3.2 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (363)

(in TEUR)

	Vorläufiges Ergebnis 2025	**Planan-satz 2026**	**Fortgeschr. Ansatz 2026**	**Prognose Juni 2026**	**Vergleich Prog-nose ./. fortgeschr. Ansatz** (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	7.991,7	9.165,2	9.165,2	8.678,5	-486,7
Aufwand	75.187,7	72.365,5	72.365,5	81.509,6	9.144,1
darunter:					
Personalaufwand	8.299,4	8.442,9	8.442,9	8.818,1	375,2
Transferaufwand[13]	66.618,6	63.581,7	63.581,7	72.327,8	8.746,1
Saldo	**-67.196,0**	**-63.200,3**	**-63.200,3**	**-72.831,1**	**-9.630,8**

Die Sonstigen Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe verzeichnen eine Zuschusserhöhung von 9.630,8 TEUR im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz. Die wesentlichsten Abweichungen zum Haushaltsplan werden in den folgenden Leistungsbereichen prognostiziert:

[13] Einschließlich Aufwendungen bei Unterbringung außerhalb des Landkreises (Konto 4452000).

Hilfe zur Erziehung (3633)

in TEUR

	Vorläufiges Ergebnis 2025	Planansatz 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose Juni 2026	Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	3.009,2	3.590,0	3.590,0	3.142,0	-448,0
Aufwand	50.079,0	47.066,8	47.066,8	53.815,9	6.749,1
darunter:					
Personalaufwand	2.254,5	2.250,8	2.250,8	2.291,4	40,6
Transferaufwand[14]	47.771,9	44.756,4	44.756,4	51.456,7	6.700,3
Saldo	**-47.069,8**	**-43.476,8**	**-43.476,8**	**-50.673,9**	**-7.197,1**

Im Bereich „Hilfe zur Erziehung“ zeichnet sich ein saldierter Mehrbedarf in Höhe von 7.197,1 TEUR zum fortgeschriebenen Ansatz ab. Die Planungsannahmen hinsichtlich stabiler Fallzahlen (ausgehend vom Planungszeitpunkt) sowie einem geringeren Anstieg der Entgelte, werden nicht eintreten. Der überplanmäßige Bedarf wird dem Kreistag am 7. Oktober 2026 zum Beschluss vorgelegt.[15]

Besonders in der **Heimerziehung (§ 34 SGB VIII)** führen massiv steigende Fallzahlen sowie überplanmäßige Kostensätze zu Mehraufwendungen in Höhe von 5.568,5 TEUR. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung im Jahr 2024 vollzog sich ein Trend stabil verlaufender Fallzahlen, der den Planwerten entsprechend unterstellt wurde.[16] Im III. Quartal 2024 kam es dann zu einer Trendwende, die bis heute anhält.

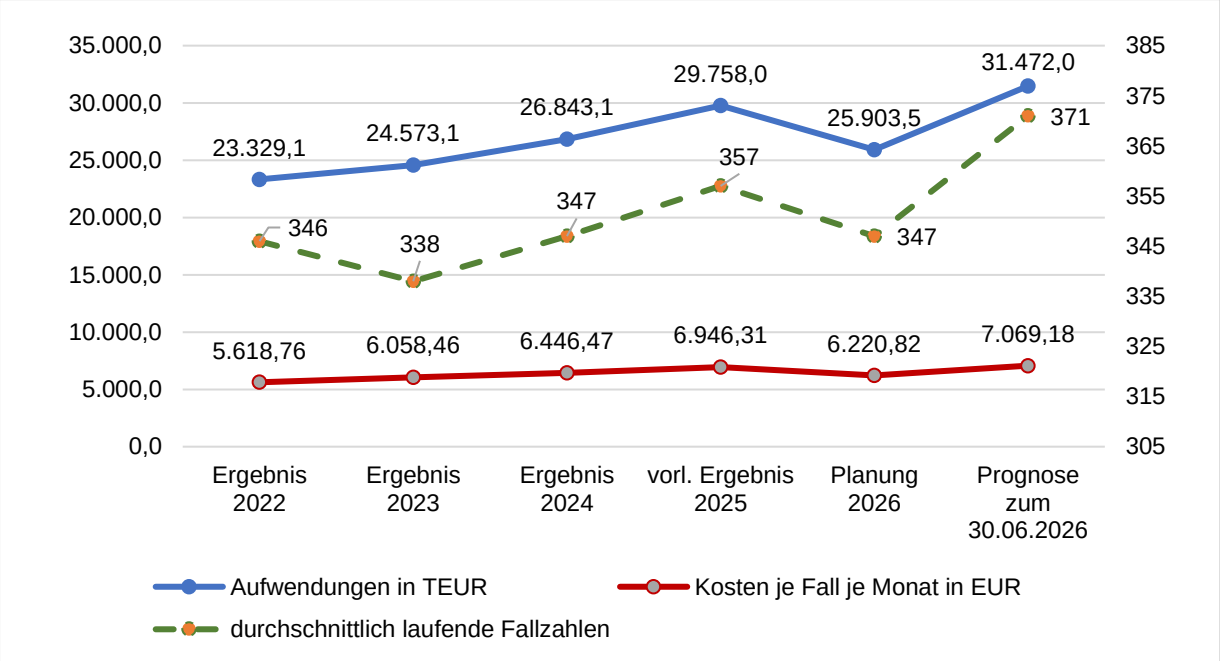
Der Anstieg der Fallzahlen (+24) resultiert u. a. aus der bereits 2025 einsetzenden Zunahme der Anspruchsberechtigten, wonach es zu einer hohen Kapazitätsauslastung im Bereich der vorläufigen Maßnahme zum Schutz von Kindern/Jugendlichen (§ 42 SGB VIII) und anschließender Unterbringung im Heim kam. Dies führte u. a. zu einer Umwidmung bisheriger Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Ausländer, um den Unterbringungsbedarf zu decken.[17] Im Weiteren ist der Zuwachs der Fallzahlen das Ergebnis aktuell festgestellter Problemlagen innerhalb von Familien und/oder dem sozialen Umfeld.

Neben den fallbedingten Auswirkungen wirken sich überplanmäßige Kosten je Fall (13,6 %) auf den Mehrbedarf aus. Der Planung lag eine Steigerung der Entgelte von 2,5 % zu Grunde. Wesentlicher Kostentreiber stellen Personalkosten dar, deren Entwicklung an Tarifabschlüsse gekoppelt ist. Weiterhin beeinflussen einzelfallbezogene Fachleistungen den Wert. Der Prognose wurde basierend auf den angefallenen monatlichen Durchschnittskosten

[14] Ebenda.
[15] BV/277/2026. Der Mehrbedarf bei den Hilfen zur Erziehung (3633) wird mit weiteren Mehrbedarfen der Produktuntergruppe (3634) Hilfen für junge Volljährige/Inobhutnahmen/Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII – Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche § 35a SGB VIII (gemeinsame Bewirtschaftung in einem Deckungskreis) sowie auch prognostizierten Mehrbedarfen im Bereich „Soziales“ im Rahmen einer Gesamtvorlage dem Kreistag zum Beschluss vorgelegt.
[16] Der Trend stabil verlaufender Fallzahlen zeigte sich ab dem I. Quartal 2023. Die Trendumkehr vollzog sich in einem bereits weit vorangeschrittenem Zeitrahmen des Planungsprozesses 2025/2026.
[17] Siehe KT-Beschluss 075/165/2025 vom 24.09.2025.

des I. Halbjahres 2026 ein prognostizierter Kostensatz pro Fall pro Monat von 7.069,18 EUR zugrunde gelegt.[18]

Die folgende Übersicht stellt die **Entwicklung der Aufwendungen und Kostensätze den durchschnittlich laufendenden Fallzahlen in der Heimerziehung (§ 34 SGB VIII)** gegenüber:



Hilfen für junge Volljährige/Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern/Jugendlichen, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder/Jugendliche §§ 41, 42, 35a SGB VIII (3634)

(in TEUR)

	Vorläufiges Ergebnis 2025	**Planansatz 2026**	**Fortgeschr. Ansatz 2026**	**Prognose Juni 2026**	**Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz** (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	553,0	826,5	826,5	696,1	-130,4
Aufwand	11.786,4	10.902,3	10.902,3	13.488,6	2.586,3
darunter:					
Personalaufwand	1.554,6	1.605,4	1.605,4	1.762,4	157,0
Transferaufwand	10.197,4	9.271,5	9.271,5	11.698,9	2.427,4
Saldo	**-11.233,4**	**-10.075,8**	**-10.075,8**	**-12.792,5**	**-2.716,7**

Der Bereich Hilfen für junge Volljährige/ Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern/ Jugendlichen, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder/Jugendliche verzeichnet einen prognoseseitigen Mehrbedarf von 2.716,7 TEUR, der sich im Wesentlichen wie folgt zusammensetzt:

[18] Vgl. BV/277/2026 Kreistag am 07.10.2026.

- **Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder/Jugendliche (§ 35a SGB VIII)**

  Die Eingliederungshilfe wird nach dem Bedarf im Einzelfall in ambulanter Form, in Tageseinrichtungen für Kinder oder in anderen teilstationären Einrichtungen, durch geeignete Pflegepersonen und in Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen geleistet. Insofern ergeben sich bei dieser Jugendhilfeleistung, dem Bedarf entsprechend, unterschiedliche Leistungsformen je Fall.

  Der aktuelle Trend zeigt, wie bereits in der Haushaltsdurchführung 2025, eine deutliche Zunahme der durchschnittlichen Fallzahlen (+12).[19] Diese Entwicklung ist u. a. dem steigenden Bedarf, Einzelfallhelfer einzusetzen, geschuldet und wirkt sich maßgeblich auf die prognostizierten Mehraufwendungen in Höhe von 743,5 TEUR aus. Im Weiteren werden auch hier überplanmäßige Kostensätze in allen Leistungsformen der Eingliederungshilfe prognostiziert. Insgesamt werden Transfermehraufwendungen von 1.179,0 TEUR eingeschätzt.[20]

- **Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII)**

  Die Hilfen für junge Volljährige verzeichnen gegenüber der Planung einen prognoseseitigen Mehrbedarf von 1.093,3 TEUR.

  Mit Erreichen der Volljährigkeit kommt es beim Landkreis zu einer Verlagerung bestehender Fallzahlen (in den unterschiedlichen Leistungsformen der Jugendhilfe) in die Rechtsvorschrift des § 41 Absatz 2 SGB VIII.[21] Demzufolge verbleiben Leistungsberechtigte in der bereits in Anspruch genommenen Jugendhilfeleistung und gehen entsprechend der altersspezifischen Vorgaben, in den Bereich der Hilfen für junge Volljährige nach 41 SGB VIII über (fortgesetzte Bestandsfälle).

  Die aufgezeigte Verlagerung hat bei den Leistungen nach § 34 SGB VIII (Hilfe zur Erziehung – PUG 3633) nicht zu einer Reduzierung der Fallzahlen in diesem Bereich geführt.

  Die Fortsetzung der entsprechenden Hilfen, die von den Hilfeempfängern beantragt werden müssen, dient der Sicherstellung eines Schul- oder Ausbildungsabschlusses und der Erlangung lebenspraktischer Fähigkeiten. Die Verbleiberwartung orientiert sich in der Regel am Ende des Schul-/Berufsschuljahres.

  In der Folge werden überplanmäßige Aufwendungen vor allem:

  - in der stationären Unterbringung (§ 34 SGB VIII) in Höhe von 417,8 TEUR,
  - bei Unterbringung außerhalb des Landkreises in Höhe von 408,6 TEUR[22] sowie
  - in der Vollzeitpflege in Höhe von 296,7 TEUR prognostiziert.

[19] Die durchschnittlichen Fallzahlen beinhalten alle Leistungsformen der Eingliederungshilfe. Im vorläufigen Ergebnis 2025 wurde ein Zuwachs von durchschnittlich 16 Fällen verzeichnet.
[20] BV/227/2026 KT am 07.10.2026 - Der Mehrbedarf bei Hilfen für junge Volljährige/Inobhutnahmen/ Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII – Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
§ 35a SGB VIII wird mit Mehrbedarfen bei den Hilfen zur Erziehung - PUG 3633 (gemeinsame Bewirtschaftung in einem Deckungskreis) sowie auch prognostizierten Mehrbedarfen im Bereich „Soziales“ im Rahmen einer Gesamtvorlage dem Kreistag zum Beschluss vorgelegt.
[21] Für die Ausgestaltung der Hilfen für junge Volljährige gelten § 27 Absatz 3 und 4 sowie die §§ 28 bis 30, 33 bis 36, 39 und 40 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Kindes oder des Jugendlichen der junge Volljährige tritt.
[22] Konto 4452000: Hier werden im Besonderen Leistungen im Rahmen der Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII) aufwandswirksam.

5.2.3.3 Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer (364)

(in TEUR)

	Vorläufiges Ergebnis 2025	Planansatz 2026	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose Juni 2026	Vergleich Prognose ./. fortgeschr. Ansatz (Spalte 4 ./. Spalte 3)
	1	2	3	4	5
Ertrag	6.632,4	6.444,7	6.444,7	4.883,2	-1.561,5
Aufwand	5.292,8	6.692,1	6.692,1	4.219,6	-2.472,5
darunter:					
Personalaufwand	552,4	536,1	536,1	497,6	-38,5
Transferaufwand	4.707,0	6.109,0	6.109,0	3.675,1	-2.433,9
Saldo	**1.339,7**	**-247,4**	**-247,4**	**663,6**	**911,0**

Bei den Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer zeichnet sich bereits seit 2025 eine Verringerung der Zuweisungszahlen ab. Hinsichtlich der Prognose zum Stand 30. Juni 2026 schätzt das Jugendamt ein, dass durchschnittlich 59 unbegleitete minderjährige Ausländer auf Leistungen der Jugendhilfe angewiesen sind.

Der Planung 2025/2026 lagen durchschnittlich 118 Fallzahlen zugrunde, sodass sich ein Minderbedarf bei den Transferaufwendungen von voraussichtlich 2.433,9 TEUR im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz 2026 ergibt. Der Minderbedarf berücksichtigt überplanmäßige Kostensätze, die entsprechend der geführten Verhandlungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe haushaltswirksam werden.

Die Transferaufwendungen dieses Leistungsbereiches werden in Höhe von etwa 99 % im Rahmen einer Spitzabrechnung vom Landesjugendamt erstattet. Infolge des zeitversetzten Abrechnungsverfahrens, ist damit zu rechnen, dass die Erstattungen im Jahr 2026 hauptsächlich aus Abrechnungen, das Jahr 2025 betreffend, resultieren. Infolge der rückläufigen Fallzahlenentwicklung, sinken die Erstattungen in der Haushaltsdurchführung 2026 um 1.272,4 EUR. Darüber hinaus ergeben sich Mindererträge aus der fallzahlenabhängigen Verwaltungskostenpauschale in Höhe von 289,1 TEUR, die sich infolge der sinkenden Zuweisungen im Jahr 2026 entsprechend verringert.[23]

Der Auseinanderfall realisierter Transferaufwendungen und korrespondierender Kostenerstattungen im Folgejahr, führt im Vollzug 2026 insgesamt zu einem positiven Saldo von 911,0 TEUR.

[23] Nach § 32 c LJHG erfolgt die Erstattung einer Verwaltungskostenpauschale von 917,90 EUR pro Person und Vierteljahr im Rahmen der Unterbringung, Betreuung und Versorgung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher.

5.2.4 Übersicht und Entwicklung der Finanzzuweisungen nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz

Die Erträge im Rahmen des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes, die Kreisumlage und die (Bedarfs-)Zuweisungen gestalten sich wie folgt:

in TEUR

Erträge	Vorläufiges Ergebnis 2025	Fortgeschr. Ansatz 2026	Prognose Juni 2026	Abweichung Prognose ./. fortgeschr. Ansatz
Sonderlastenausgleich Weitergabe von Wohngeldeinsparungen durch Hartz IV (PSK 61110101.3052000)	819,7	2.437,0	599,6	-1.837,4
Sonderlastenausgleich Hartz IV SoBEZ (PSK 61110101.3053000)	1.387,8	1.455,0	639,4	-815,6
Allg. Schlüsselzuweisungen (inkl. Gemeindeanteil FAG-Umlage) (PSK 61110101.3111000)	93.414,8	84.508,3	89.456,8	4.948,5
Sonstige allgemeine Zuweisungen zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungen (Wohngeldreform – Anteil: Kompensation Wohngeldentlastung) (PSK 61110101.3131905)	0,0	2.748,3	0,0	-2.748,3
Sonstige allgemeine Zuweisungen zum Ausgleich besonderer Belastungen § 22a Sächs-FAG (Ukraine) (PSK 61110101.3131904)	0,0	3.479,3	0,0	-3.479,3
Ausgleich für übertragene Aufgaben (PSK 61110101.3131901)	11.105,6	11.029,5	10.995,5	-34,0
Mehrbelastungsausgleich (PSK 61110101.3131902)	6.667,3	6.667,3	6.667,3	0,0
Zuweisungen zum Ausgleich besonderer Bedarfe - Soziallasten (PSK 61110101.3131903)	13.637,6	12.880,0	13.484,8	604,8
Kreisumlage - (PSK 61110101.3182100)	159.932,2	156.536,0	156.676,4	140,4
Finanzausgleichsumlage Landkreisanteil - (PSK 61110101.3182200)	25,1	80,0	249,6	169,6
Summe	**286.990,1**	**281.820,7**	**278.769,4**	**-3.051,3**

5.3 Prognose Finanzrechnung

In der Finanzrechnung 2026 wurde ein Bedarf an Zahlungsmitteln (Fehlbetrag) in Höhe von 29.564,2 TEUR geplant. Unter Berücksichtigung der Reste aus Vorjahren und über- und außerplanmäßigen Einzahlungen und Auszahlungen ergibt sich als fortgeschriebener Ansatz ein Fehlbetrag von 68.037,3 TEUR.

Mit der Juniprognose wird in der Finanzrechnung 2026 derzeit ein Bedarf an Zahlungsmitteln (Fehlbetrag) in Höhe von 94.590,0 TEUR prognostiziert, also eine Verschlechterung des Fehlbetrages gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz um 26.552,7 TEUR. Diese Entwicklung ist vorrangig auf geringere Einzahlungen und erhöhte Auszahlungen in der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit) zurückzuführen.

5.4 Bestand an liquiden Mitteln per 31. Dezember 2026 - Liquiditätsentwicklung

Der Anfangsbestand an liquiden Mitteln am 1. Januar 2026[24] beträgt **54.170,0 TEUR** (inklusive Bestand an Wertpapieren in Höhe von 25.000,0 TEUR).

Die Summe der prognostizierten Zahlungsmittelsalden aus der Finanzrechnung weist einen Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr 2026 in Höhe von 94.590,0 TEUR aus, der sich wie folgt zusammensetzt:

-	aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von	-65.656,8 TEUR
-	aus Investitionstätigkeit in Höhe von	-33.389,4 TEUR
-	aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von	4.456,2 TEUR
-	aus haushaltsunwirksamen Vorgängen in Höhe von	0,0 TEUR
	mit einem Saldo von	-94.590,0 TEUR

Aus derzeitiger Sicht kann der prognostizierte Bedarf an Zahlungsmitteln[25] im Haushaltsjahr 2026 nicht aus den liquiden Mitteln gedeckt werden. Zum 31. Dezember 2026 beträgt der voraussichtliche Endbestand an liquiden Mitteln -40.420,0 TEUR.

5.5 Schwerpunkte der Finanzrechnung - Investitionen

Im Allgemeinen ist festzuhalten, dass die Investitionstätigkeit durch verschiedene Faktoren beeinflusst wird. Dies sind im Wesentlichen:

- Zeitpunkt der Rechtskraft des Haushaltsplanes,
- Art und Umfang des Vergabeverfahrens und
- Bereitstellung von Fördermitteln.

Die investiven Einzahlungen (insbesondere Zuwendungen) korrespondieren regelmäßig mit den o. g. Faktoren, so dass es hier zu einer zeitlichen Verlagerung (u. a. notwendige Bildung von Haushaltsermächtigungen) in die Folgejahre kommt. Der Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit verbessert sich im Juni im Vergleich zum fortgeschriebenen. Ansatz um 1.183,9 TEUR auf -33.389,4 TEUR.

5.5.1 Einzahlungen für Investitionstätigkeit

Die prognostizierten Mindereinzahlungen in Höhe von 37.189,6 TEUR resultieren im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

- Mindereinzahlung beim Breitbandausbau – 1. Landkreisprojekt (weiße Flecken) i. H. v. 5.664,6 TEUR, im Vorjahr fielen noch keine erstattungsfähigen Eigenanteile nach § 22b Nr. 4 SächsFAG an
- Mindereinzahlung beim Breitbandausbau – weitere Landkreisprojekte (graue Flecken) i. H. v. 32.350,0 TEUR, die bereits bewilligten Cluster 1 bis 3 sind bereits in den Haushaltsermächtigungen von 2025 nach 2026 enthalten
- Mehreinzahlung 908,7 TEUR Liquidationserlös Autobus GmbH
- Mehreinzahlungen der Gemeinden über 150,0 TEUR zu Gemeinschaftsmaßnahmen im Kreisstraßenbau

[24] berücksichtigt den Stand des vorl. Jahresabschlusses 2025; letzter aufgestellter JA ist 2023
[25] Dieser berücksichtigt den Bedarf an Zahlungsmitteln auch für ggf. zu übertragende Haushaltsermächtigungen in das Folgejahr.

- Mehreinzahlungen im Bereich Hochwasserschadensbeseitigung 182,1 TEUR durch Bewilligung von Mehrkosten

5.5.2 Auszahlungen für Investitionstätigkeit

Im Haushalt 2026 wurden für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im fortgeschriebenen Ansatz 294.351,4 TEUR veranschlagt. Zum Stand 30. Juni 2026 werden Auszahlungen in Höhe von 256.050,6 TEUR prognostiziert. Die saldierten Minderauszahlungen i. H. v. 38.300,9 TEUR setzen sich u. a. wie folgt zusammen:

- Minderauszahlungen beim Breitbandausbau – 1. Landkreisprojekt (weiße Flecken) i. H. v. 5.690,0 TEUR, da die gebildeten Haushaltsermächtigungen von 2025 nach 2026 ausreichend sind, um die Ansprüche des Auftragnehmers bis zum Jahresende abzudecken[26]
- Minderauszahlung beim Breitbandausbau – weitere Landkreisprojekte (graue Flecken) i. H. v. 32.350,0 TEUR, die bereits bewilligten Cluster 1 bis 3 sind auch auszahlungsseitig bereits in den Haushaltsermächtigungen von 2025 nach 2026 enthalten
- Mehrauszahlungen 188,4 TEUR zur Beseitigung von Hochwasserschäden aus 2013 insbesondere zur Ausfinanzierung von bereits fertiggestellten Maßnahmen, i. d. R. kann mit 100 % der zuwendungsfähigen Kosten gerechnet werden

6 Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung

Die kommunale Aufgabenerfüllung kann aus heutiger Sicht im Hinblick auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Vollzug des Haushaltsjahres 2026 nur mit Einschränkungen gewährleistet werden.

Der andauernde Fachkräftemangel hält im Landkreis Zwickau auch weiterhin an. Zu besetzende Stellen können aufgrund fehlender Bewerber (insbesondere auf befristete Stellen) oder fehlender Qualifikation der Bewerber nicht oder erst mit erheblicher Zeitverzögerung besetzt werden, was sich unmittelbar auf die Aufgabenerfüllung auswirkt. Der Landkreis Zwickau versucht diesem Effekt bereits seit geraumer Zeit im Rahmen einer aktiven Personalakquise (z. B. Messeauftritte, Internetauftritt) sowie durch gezielte Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen entgegen zu steuern.

Dem Landkreis erwachsen darüber hinaus enorme finanzielle Verpflichtungen aus der Zunahme von Leistungen in den Bereichen Soziales, Kinder- und Jugendhilfe, für die ein finanzieller Ausgleich seitens des Freistaates aus Bundes- und Landesmitteln nicht dauerhaft in adäquater Höhe gesichert ist, was in Konsequenz die gesetzlich verankerte stetige Aufgabenerfüllung mittel- und langfristig gefährdet. Die Bedarfszuweisung zum Ausgleich besonderer Bedarfe im Sozialbereich (Sonderlastenausgleich) deckt die kontinuierlich steigenden Transferaufwendungen nicht ab. Sollte sich die finanzielle Schieflage aufgrund der strukturellen Unterfinanzierung insgesamt weiter verschärfen, können auch Qualitätsabstriche oder zeitliche Verzögerungen bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben nicht mehr ausgeschlossen werden.

[26] In der Planung zum Doppelhaushalt 2027 und 2028 wurden erstattungsfähige Eigenanteile berücksichtigt und die Erstattung jeweils im Folgejahr ihrer Inanspruchnahme geplant. Dem zugrunde lag ein aktualisierter Zahlungsplan des Auftragnehmers aus dem Frühling 2026. Nach wie vor ist davon auszugehen das dem Landkreis keine direkten Kosten entstehen. Die Auszahlungen an den Auftragnehmer werden zwischenfinanziert.

Ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor liegt in der Umsetzung zukünftiger Reformen auf Bundes- und Landesebene. Gesetze wie das geplante Pflege-Neuordnungsgesetz oder für das ab Herbst 2026 geplante neue Gesetzgebungsverfahren in der Eingliederungshilfe bergen Chancen und Risiken zugleich. Die genauen finanziellen Auswirkungen dieser Gesetze lassen sich derzeit nur schwer beziffern.

Neben der zahlenmäßigen Prognose zu den Zu- und Abgängen im Asylbereich sind geplante Änderungen bei dem Leistungsrechtsanpassungsgesetz zu beachten. Der Gesetzgeber plant eine Anpassung der Sozialgesetzbücher und des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG): Ukrainische Kriegsvertriebene, die nach dem 1. April 2025 ins Bundesgebiet eingereist sind, sollen künftig unter das AsylbLG fallen. Daraus ergibt sich für den Landkreis Zwickau eine Unterbringungspflicht als untere Unterbringungsbehörde nach dem SächsFlüAG. Das Land erstattet hierfür vorbehaltlich 90 % der Kosten. Diese werden jedoch nach einem Inkrafttreten der avisierten Änderung des Gesetzes voraussichtlich erst im Jahr 2027 kassenwirksam und wurden daher im Haushaltsjahr 2026 **nicht** berücksichtigt.

Die gesetzliche Zuständigkeit des KSV Sachsen für die Eingliederungshilfe für über 18-Jährige führt bereits laufend zu einem direkten Anstieg der KSV-Sozialumlage und belastet den kommunalen Haushalt erheblich. Das für Herbst 2026 angekündigte Bundesgesetzgebungsverfahren zur EGH-Reform soll diesen Kostenanstieg dämpfen. Es besteht jedoch das Risiko, dass die Neuregelungen im Zuge des Verfahrens modifiziert oder verzögert verabschiedet werden, wodurch entlastende Effekte erst mit zeitlicher Verzögerung im Haushalt wirksam werden.

Ein zusätzliches Haushaltsrisiko resultiert aus den aktuellen Bestrebungen zu einer vollständigen Aufgabenkonzentration aller volljährigen Leistungsberechtigten beim KSV. Die potenzielle Übernahme der verbliebenen ambulanten Leistungen für Erwachsene durch den überörtlichen Träger entlastet zwar kurzfristig die direkten Sozialausgaben des Landkreises, führt jedoch im Umkehrschluss zu einer Erhöhung der KSV-Umlage.

Im Bereich der Jugendhilfe zeichnen sich im Zeitverlauf stetig steigende Transferaufwendungen ab, die den Landkreishaushalt massiv belasten. Diese Entwicklung resultiert nicht nur aus Zuwächsen der Fallzahlen, sondern ebenso aus steigenden Personal- und Sachkosten bei den Trägern der freien Jugendhilfe. Mithin ergeben sich für den Landkreis nur begrenzte Möglichkeiten der Regulierung.

7 Kennzahlen

7.1 Personal- und Organisationsangelegenheiten

Organisationseinheit: Amt für Personal und Organisation

Kennzahl	vorl. Ist 2025	Plan 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan	Bemerkungen
Anzahl der zu betreuenden Stellen pro Jahr in VZÄ	1.396,92	1.396,92	1.396,92	0,00	mit Landrat
Anzahl der zu betreuenden Beschäftigten pro Jahr	1.486	1.474	1.474	0,00	
Höhe der Personalaufwendungen für die gesamte Verwaltung des Landkreises pro Jahr in EUR (ohne Hochwasser und ohne Corona)	94.985.971	98.643.100	98.616.500	-26.600,00	
darunter:					
Unfallumlage in EUR (Konto 4039000)	490.324	450.000	437.787	-12.213,48	
Rückstellungen ATZ in EUR (Konto 4071000)	17.015	0	0	0,00	
nachrichtlich:					
Dienstaufwendungen für sonstige Beschäftigte in EUR (Konto 4019000)	556.362	659.200	655.200	-4.000,00	
Künstlersozialabgabe in EUR (Konto 4039000)	8.470	9.400	9.400	0,00	

7.2 Haushaltswirtschaft, Finanzsteuerung sowie Kassen- und Rechnungswesen

Organisationseinheit: Amt für Finanzverwaltung, Kreiskasse

Kennzahl	vorl. Ist 2025	Plan 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan	Bemerkungen
Liquiditätsdeckungsgrad in %	98,85	94,78	88,06	-6,72	

7.3 Brandschutz

Organisationseinheit: Stabsstelle BRK				
Kennzahl	**vorl. Ist 2025**	**Plan 2026**	**Prognose per 30. Juni 2026**	**Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan**
Anzahl aller durchgeführten Beratungen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Stellvertretenden Kreisbrandmeister pro Jahr	11	12	12	0
Anzahl aller durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen für die Führungskräfte der Feuerwehr pro Jahr	4	4	4	0
Anzahl aller eingegangenen Fördermittelanträge zur Förderung des Brandschutzes pro Jahr	160	153	153	0
Anzahl aller neu geplanten Vorhaben gemäß Vorhabenliste zur Förderung des Brandschutzes pro Jahr	160	102	100	-2
Anzahl aller neu begonnen Vorhaben gemäß Vorhabenliste zur Förderung des Brandschutzes pro Jahr	102	aktuell nicht prognostizierbar	aktuell nicht prognostizierbar	aktuell nicht prognostizierbar
Ausreichungsquote der Brandschutzfördermittel pro Jahr in %	100	100	100	100

7.4 Feuerwehrtechnisches Zentrum

Organisationseinheit: Stabsstelle BRK

Kennzahl	**vorl. Ist 2025**	**Plan 2026**	**Prognose per 30. Juni 2026**	**Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan**
Anteil der betreuten Städte/Gemeinden an der Gesamtzahl der Städte/Gemeinden im Landkreis Zwickau	28 von 33	27 von 33	27 von 33	0
Kostendeckungsgrad des Standortes Wilkau-Haßlau in %	62	59	61	2

7.5 Berufsschulen, Fachschulen, Berufsfachschulen, berufliche Gymnasien, Fachoberschulen einschl. Berufskollegs

Organisationseinheit: Amt für Planung, Schule, Bildung

Kennzahl	vorl. Ist 2025	Plan 2026[27]	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan	Bemerkungen
Anzahl Schüler je Schultyp und Schule	5.770	5.874	5.874	0	
Aufwand gesamt in EUR (ohne 47/48 Konten)	5.947.368	6.320.887	6.259.299	-61.588	u. a. voraussichtliche Verringerung Aufwendungen für Personal
Aufwand je Schüler in EUR	1.030,74	1.076,08	1.065,59	-10	
Lehrmittel gesamt in EUR (4276000)	177.348	199.700	196.700	-3.000	
Aufwand Lehrmittel je Schüler in EUR	30,74	34,00	33,49	-1	
Lernmittel gesamt in EUR (4275000)	173.166	207.000	201.000	-6.000	
Aufwand Lernmittel je Schüler in EUR	30,01	35,24	34,22	-1	

7.6 Leistungen für Unterkunft und Heizung

Organisationseinheit: Sozialamt

Kennzahl	vorl. Ist 2025	Plan 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan
Durchschnittlicher Aufwand Leistung für Unterkunft und Heizung in EUR pro Bedarfsgemeinschaft	4.433,44	4.412,74	4.595,78	183,04
Aufwand in EUR pro 1.000 EW zum 31.12. des Jahres	131.966,27	140.985,53	136.374,71	-4.610,81

[27] Planansatz mit Haushaltsermächtigungen aus Vorjahren.

7.7 Eingliederungshilfe nach SGB IX

Organisationseinheit: Sozialamt

Kennzahl	vorl. Ist 2025	Plan 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan
Zahlfälle - pro 1000 EW - zum 31.12. des Jahres	4,11	3,54	3,75	3,64
Durchschnittliche Aufwendung pro Zahlfall in EUR	12.590	12.312	15.924	9.756
Anzahl - Heilpädagogische Leistungen für Kinder im nichtschulpflichtigen Alter (i. E. und a. E.) - Gesamt - pro 1.000 EW	2,44	2,05	2,34	2,15
Anzahl - Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung innerhalb von Einrichtungen - Gesamt - pro 1.000 EW	1,19	1,05	1,00	1,09
Aufwendungen - EUR pro 1.000 EW - für Eingliederungshilfe von behinderten Menschen - Gesamt	51.704,55	43.588,33	59.734,09	35.482,02

7.8 Gesundheitspflege

Kennzahl	vorl. Ist 2025	Plan 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan
Anzahl Kinder- und Jugendärztlicher Vorsorge- und Reihenuntersuchungen und Begutachtungen				
Leistungen erbracht durch:				
Landkreis Zwickau	29.447	37.932	33.759	-4.173
HBK Zwickau pro Jahr	0	0	0	0
Honorarärzte pro Jahr	416	431	66	-365
Insgesamt	**29.863**	**38.363**	**33.825**	**-4.538**
Anzahl gruppenprophylaktischer Maßnahmen pro Jahr	807	815	815	0
Förderleistung freier Träger (Landesmittel und kommunale Mittel) pro Jahr in EUR	1.665.388	1.804.723	1.698.694	-106.029
Kommunales Fördervolumen freie Träger in EUR	934.400	953.200	847.171	-106.029
Durchschnittliches kommunales Fördervolumen pro 1.000 EW in EUR	3.064	3.125	2.778,00	-347

7.9 Hilfe zur Erziehung

Organisationseinheit: Jugendamt

Kennzahl	vorl. Ist 2025	Plan 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan
Hilfe zur Erziehung § 27 SGB VIII				
durchschnittliche monatliche Fallzahl im Jahr	73	74	72	-2
durchschnittliche Verweildauer in Monaten	12,7	7 Träger mit Pauschalfinanzierung	17,44	
durchschnittlicher Aufwand je Fall je Hilfeart und Monat in EUR	1.232,13	1.376,46	1.390,05	13,58
Soziale Gruppenarbeit § 29 SGB VIII				
durchschnittliche monatliche Fallzahl im Jahr	20	24	23	-1
durchschnittliche Verweildauer in Monaten	14,6	2 Anbieter mit Pauschalfinanzierung	7,87	
durchschnittlicher Aufwand je Fall je Hilfeart und Monat in EUR	1.142,56	913,54	993,48	79,94
Erziehungsbeistand/ Betreuungshelfer § 30 SGB VIII				
durchschnittliche monatliche Fallzahl im Jahr	72	72	71	-1
durchschnittliche Verweildauer in Monaten	15,2	Zuschussbescheid für 6 Träger mit Pauschalfinanzierung	9,6	
durchschnittlicher Aufwand je Fall je Hilfeart und Monat in EUR	692,40	711,23	788,97	77,74
Sozialpädagogische Familienhilfe § 31 SGB VIII				
durchschnittliche monatliche Fallzahl im Jahr	271	273	275	2
durchschnittliche Verweildauer in Monaten	17,4	Zuschussbescheid für 8 Träger mit Pauschalfinanzierung und Einzelrechnungen	14,3	
Aufwand je ambulante Hilfe im Jahr (Pauschalfinanzierung) in EUR	1.412,26	1.543,62	1.564,91	21,29
Erziehung in einer Tagesgruppe § 32 SGB VIII				
durchschnittliche monatliche Fallzahl im Jahr je Hilfeart	96	98	92	-6
durchschnittliche Verweildauer in Monaten	22		18,25	
durchschnittlicher Aufwand je Fall je Hilfeart und Monat in EUR	3.101,52	2.959,61	3.219,29	259,68

Kennzahl	vorl. Ist 2025	Plan 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan
Vollzeitpflege § 33 SGB VII				
durchschnittliche monatliche Fallzahl im Jahr	292	304	302	-2
durchschnittliche Verweildauer in Monaten	77,7		84,1	
durchschnittlicher Aufwand je Fall je Hilfeart und Monat in EUR	1.777,11	1.764,97	1.980,74	215,77
Betreutes Wohnen § 34 SGB VIII				
durchschnittliche monatliche Fallzahl im Jahr	7	7	9	2
durchschnittliche Verweildauer in Monaten	10,7		12,5	
Heimerziehung § 34 SGB VIII				
durchschnittliche monatliche Fallzahl im Jahr	357	340	362	22
durchschnittliche Verweildauer in Monaten	38		24	
durchschnittlicher Aufwand je Fall je Hilfeart und Monat in EUR	6.812,73	6.220,82	7.069,18	848,36
Intensive soz.-päd. Einzelbetreuung ambulant § 35 SGB VIII				
durchschnittliche monatliche Fallzahl im Jahr	0	0	0	0
durchschnittliche Verweildauer in Monaten	0			
durchschnittlicher Aufwand je Fall je Hilfeart und Monat in EUR	0,00	0,00	0,00	0,00
Intensive soz.-päd. Einzelbetreuung stationär § 35 SGB VIII				
durchschnittliche monatliche Fallzahl im Jahr	2	2	3	1
durchschnittliche Verweildauer in Monaten	13,7			
durchschnittlicher Aufwand je Fall je Hilfeart und Monat in EUR	9.809,04	8.129,17	8.588,89	459,72

7.10 Bereitstellung und Unterhaltung von Verkehrsflächen bei Kreisstraßen

Organisationseinheit: Amt für Straßenbau

Kennzahl	Vorl. Ist 2025	Plan[28] 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan	Bemerkungen
Neu- und Ausbaukosten (Gesamtinvestitionen[29] je km Kreisstraße[30]) in EUR	18.285,47	68.525,33	68.787,34	262,01	Die Mehrkosten werden durch höhere Kostenbeteiligungen Dritter ausgeglichen.
Prüfung von Ingenieurbauwerken (Brücken und Stützwände)	40	50	50	0,00	

7.11 Öffentlicher Personennahverkehr

Organisationseinheit: Straßenverkehrsamt

Kennzahl	Vorl. Ist 2025	Plan 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose per 30. Juni 2026 zu Plan
Zuschuss je Fahrplankilometer (EUR pro km)	1,90	2,48	2,30	-0,18
Zuschuss je Beförderungsfall (EUR pro Beförderungsfall)	2,05	2,70	2,54	-0,16

7.12 Planerische und rechtliche Grundlagen der Abfallwirtschaft/ Öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung Landkreis Zwickau

Organisationseinheit: Amt für Abfallwirtschaft

Kennzahl [31]	vorl. Ist 2025	Plan 2026	Prognose per 30. Juni 2026	Abweichung Prognose Juni 2026 zu Plan	Bemerkungen
Aufwand der Einsammlung, Behandlung bzw. Verwertung wilder Ablagerungen in TEUR	11,1	30,0	30,0	0	
Gesamterträge aus Abfallgebühren gemäß Abfallgebührensatzung (Grundgebühren und Leistungsgebühren nach Gebührentatbestand) in TEUR	19.218,8	18.700,0	19.000,0	300,0	
Erlöse aus Verwertung PPK u. a. in TEUR	1.179,0	884,0	1.007,1	123,1	
Interne Leistungsbeziehungen Erträge in TEUR	65,8	59,2	59,2	0	
gebührenrelevanter Gesamtaufwand Abfallwirtschaft in TEUR	20.021,6	19.772,8	20.794,8	1.022,2	allgemeine Kostensteigerung, z. B. Dieselkosten
Personalkosten in TEUR	1.254,9	1.363,0	1.330,8	-32,2	
Kostendeckungsgrad der Abfallgebühren in % - ohne Beachtung Sonderposten Gebührenüberschuss	96,18	92,94	90,69	-2,25	
Jahresergebnis Zuführung/Entnahme Sonderposten in TEUR	-812,9	-1.492,6	-2.059,3	-566,7	

[28] Planansatz mit Haushaltsermächtigungen aus Vorjahren
[29] Investitionsauszahlungen (Tiefbaumaßnahmen und Grunderwerb)
[30] Kreisstraßennetz 2026: 313,40 km (Stand 01.01.2026)
[31] Die Daten entsprechen der doppischen Buchführung, Stand Juli 2026 - Es kommt zum Auseinanderfallen von Haushaltsrecht und Gebührenrecht